

# forum

Das Magazin der Bertelsmann Stiftung

## Bürgerbeteiligung stärken



# Inhaltsverzeichnis

## Reformdiskussion

- Herausforderungen einer neuen Gründerzeit**  
Die CDU Vorsitzende Angela Merkel über  
Entscheidungsstaus, das Prinzip Wettbewerb  
und unzeitgemäße Pfründe 5

## Demokratie und Bürgergesellschaft Bürgerbeteiligung stärken

- Neue Wege der Bürgerbeteiligung suchen**  
Marga Pröhl zu den Schwerpunkten des Themenfeldes  
Demokratie und Bürgergesellschaft 8
- Politikverdrossenheit als Herausforderung für  
die Kommunalpolitik**  
Die Kommunalpolitik braucht das Vertrauen der Bürger 9
- Hildopoly - kommunaler Haushalt kinderleicht**  
Das Projekt Bürgerhaushalt macht Ausgaben und  
Aufgaben transparent 11
- Die Politik fühlt sich von der Informationsfreiheit  
überfordert**  
Das Informationsfreiheitsgesetz in der Diskussion 13
- Wie demokratisch sind wir?**  
Die Lokale Demokratiebilanz am Beispiel  
der Stadt Viernheim 15
- Bürgerstiftungen brauchen  
professionelles Management**  
Die Erfolgsstory der größten europäischen  
Bürgerstiftung 17
- Neuerscheinungen zum Thema  
Bürgerbeteiligung**  
Publikationen der Bertelsmann Stiftung 19

## Bildung

- Zukunftsweisende Strukturen der  
frühkindlichen Bildung**  
Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten,  
die vorschulische Förderung zu vernachlässigen, wenn  
sie zukunftsfähig sein will. 21



**Herausforderungen einer neuen Gründerzeit**  
*Sehen Wettbewerb als Katalysator des Fortschritts:  
Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und Stiftungs-  
gründer Reinhard Mohn*



**Politikverdrossenheit als Herausforderung für die  
Kommunalpolitik**  
*Viele Wähler verzichten freiwillig auf ihr Wahlrecht und  
erteilen damit der Politik die Quittung für Bürokratie,  
Skandale und bürgerferne Entscheidungen.*



**Bürgerstiftungen brauchen professionelles Management**  
*Die Community Foundation serving Tyne & Wear Northumber-  
land bereichert das soziale Leben im Nordosten Englands. Ihre  
Professionalität hat sie erfolgreich gemacht und ist Vorbild für  
Bürgerstiftungen in aller Welt.*



24

**Vergleich als Ansporn**  
*Im Internationalen Netzwerk Innovativer Schulsysteme arbeiten Schulleiter wie Wulf Homeier daran, den Unterricht zu verbessern. Ein wichtiges Kriterium dabei ist die Beziehung zwischen Lehrern und Schülern.*



29

**Familie und Beruf: Ergänzung oder getrennte Welten?**  
*Bundesfamilienministerin Renate Schmidt unterstreicht im forum-Interview, dass für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Betreuungsproblem gelöst werden muss.*



31

**Gewaltsame Konflikte vermeiden und überwinden**  
*Frieden ist auch eine Frage der richtigen Strategie bei der Bewältigung von Krisen. Die Bertelsmann Stiftung bündelt ihre Erfahrungen im Konfliktmanagement.*

### Vergleich als Ansporn

Das Internationale Netzwerk Innovativer Schulsysteme verbessert den Unterricht durch Qualitätsvergleiche 24

### Wirtschaft und Soziales

#### Neue Wege in der Arbeitslosenvermittlung

Weniger Verwaltung und mehr Vermittlung durch PersonalServiceAgenturen und Job Center 26

#### Familie und Beruf: Ergänzung oder getrennte Welten?

Interview mit Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 29

### Internationale Verständigung

#### Gewaltsame Konflikte vermeiden und überwinden

Die Bertelsmann Stiftung arbeitet an einem wissenschaftlich fundierten Maßnahmenkatalog zum internationalen Konfliktmanagement 31

#### Europa braucht eine zukunftsfähige Verfassung

Werner Weidenfeld, Politikberater und Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, erläutert die Eckpunkte einer künftigen europäischen Verfassung 33

### Gesundheit

#### Prävention stärken –

vier Fragen an Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung 35

### Rubriken

Editorial 4  
 Namen und Nachrichten 20, 37  
 Neuerscheinungen, Impressum 38, 39

## *Liebe Leserin, lieber Leser!*

*Drei starke Frauen, die in Deutschland die politische Landschaft mitgestalten und in ihren Aufgabenfeldern mit großem Reformbedarf konfrontiert sind, kommen in unserer aktuellen forum-Ausgabe zu Wort. Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und ihre Minister-Kollegin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ulla Schmidt, mahnen mehr Bereitschaft zum Umdenken an: bei Entscheidern und bei Bürgern. CDU-Chefin Angela Merkel greift mit ihrer Forderung nach mehr Freiräumen für Bürger Fragestellungen auf, die wir in unserem Heftschwerpunkt „Bürgerbeteiligung stärken“ verfolgen.*

*Mehr bürgerschaftliche Teilhabe an politischen Prozessen haben konkret die Projekte des Themenfeldes „Demokratie und Bürgergesellschaft“ zum Ziel. Klüngel, Filz und Skandale haben vielerorts zu Politikverdrossenheit geführt, ein Problem, von dem auch die Kommunen betroffen sind. Der Fachjournalist Stefan Grönebaum beschreibt sowohl den Status quo in der Kommunalpolitik als auch den Veränderungsbedarf. Transparenz und Bürgernähe sind dabei die entscheidenden Kriterien. Das unterstreichen unsere Berichte über den kommunalen Bürgerhaushalt der Stadt Hilden und über die lokale Demokratiebilanz in Viernheim.*

*Effiziente Steuerung und demokratische Mitwirkung in überschaubaren kommunalen Einheiten zu gewährleisten, ist schon kompliziert genug. Vor einer wesentlich schwierigeren Herausforderung steht derzeit der Europäische Konvent. Er soll den Vorschriftenschwungel der EU durchforsten und ein durchschaubares und bürgernahes Regelwerk in Form einer Verfassung für das große Europa vorlegen. Prof. Dr. Werner Weidenfeld, gefragter Politikberater und Mitglied im Präsidium der Bertelsmann Stiftung, stellt die Eckpunkte einer tragfähigen europäischen Verfassung vor.*

*Der Reformweg in eine zukunftsfähige Gesellschaft ist selten bequem, aber er weist ermutigende Fortschritte auf, die in der vorliegenden forum-Ausgabe natürlich auch nicht zu kurz kommen.*

*Gewinnbringende Einblicke bei der Lektüre wünscht Ihnen*

***Ihre forum-Redaktion***

# Herausforderungen einer neuen Gründerzeit

Deutschland brauche Menschen, die eine positive Einstellung zum Wettbewerb haben, sagte Dr. Angela Merkel anlässlich der Buchpräsentation „Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers“ von Reinhard Mohn im Februar 2003 in Gütersloh. In ihrem forum-Gastbeitrag führt die CDU-Vorsitzende aus, welche Kräfte und Einstellungen sie für notwendig hält, um den Umbruch zu meistern, in dem sich unsere Gesellschaft derzeit befindet, und seine Chancen zu nutzen.

Das Ende des Kalten Krieges 1990 schuf nicht nur die Einheit Deutschlands und der Europäischen Union, sondern veränderte auch die Statik des bisherigen internationalen Sicherheitssystems. Politische und wirtschaftliche Globalisierung, demographische Entwicklung, Internet und Digitalisierung, Gentechnik, Nanotechnik und andere Errungenschaften von Forschung und Technik, Wertewandel und neue Teilhabeansprüche revolutionieren zurzeit Arbeitswelt und Gesellschaft. Die entstehende Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft führt zu einer anderen Qualität des Arbeitens, Lernens und Lebens. Um im Wettbewerb von Ideen und Standorten sowie der Teilhabe an den neuen Chancen bestehen zu können, müssen wir uns neu aufstellen, Verkrustungen auflösen, lieb gewordene, aber veraltete Gewohnheiten verändern. Es geht um eine zweite Gründerzeit in Deutschland.

## Das Land reformieren

Wer alten Wohlstand erhalten und neuen schaffen will, muss mit den Veränderungen gehen und das Land reformieren. Freiheit und Gerechtigkeit, Wettbewerb und Kooperation, Leistung und Solidarität gehören in eine dem Wandel angemessene Balance. Die neue Soziale Marktwirtschaft ist Ausdruck dieser neuen Qualität von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.



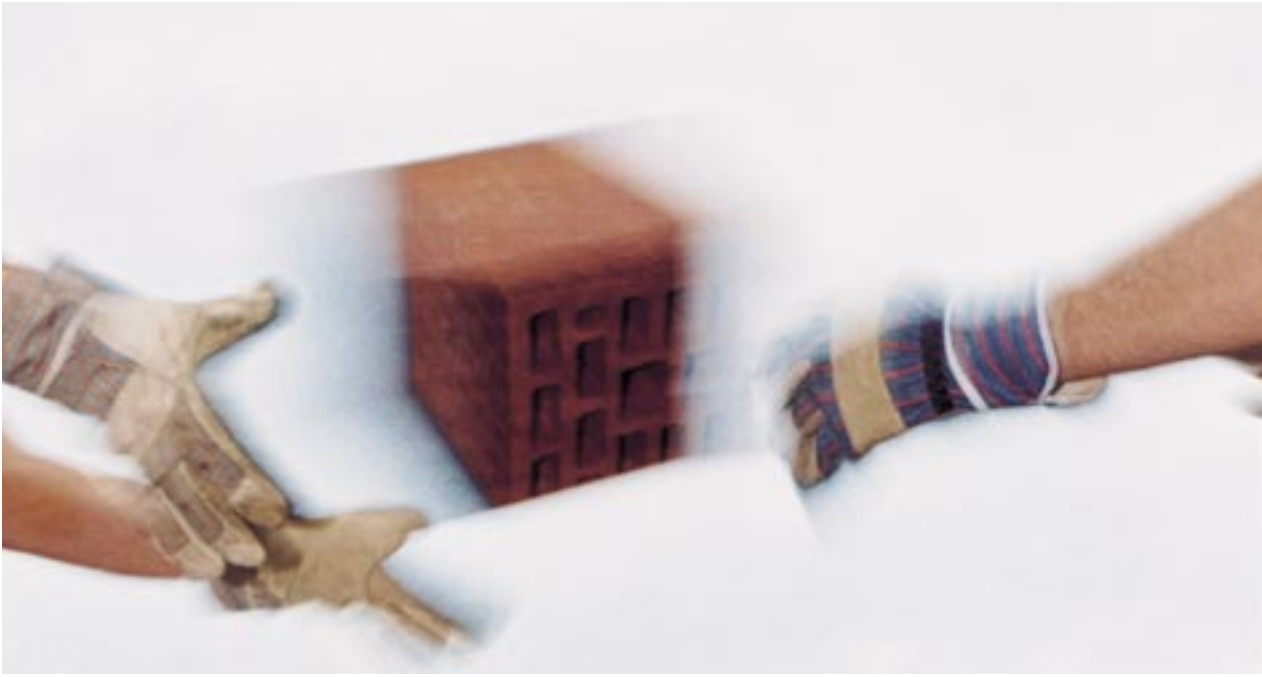
*Einig in Grundsatzfragen: Die CDU-Vorsitzende Dr. Angela Merkel im Gespräch mit Stiftungsgründer Reinhard Mohn beim Kolloquium zum Thema: „Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers“*

Erstens geht es dabei um eine Zurücknahme von Staatstätigkeit, Bürokratie und Verrechtlichung, um Freiräume für die Wirtschaft und die aktive Bürgergesellschaft zu schaffen. Zweitens brauchen wir neue Anreizstrukturen zugunsten von Leistung und Effizienz, Bildung und Qualifizierung; dazu gehört mehr Wettbewerb in Wirtschaft und Sozialstaat. Drittens gilt es, größere Freiheit für individuelle Lebensweisen und eigene Entscheidungen zu schaffen, mehr Verantwortungsübernahme für sich und andere sowie mehr Möglichkeiten von Teilnahme und Teilhabe, Vorsorge und Fürsorge in Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit zu eröffnen. Unsere Aufgabe besteht darin, mit intelligenten Reformen Grundlagen für die Freiheitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu schaffen.

Die Transformation der Industriegesellschaft in eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft eröffnet uns alle Chancen. Im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu sein und die Strukturen einer dem Menschlichen verpflichteten Freiheitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts aufzubauen, das sind zwei Ziele, die zusammengehören.

Wer den Wandel als Herausforderung ernst nimmt, der sucht deshalb nach

- neuen, effizienten Wegen für die öffentlichen Hände jenseits ausufernder Staatstätigkeit und Staatsverschuldung,
- kreativen Lösungen für die neue Arbeitswelt



- jenseits festgefahrener Verbandsstrukturen,
- Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und schnellerer Anwendung jenseits eines blockierenden Skeptizismus,
- individuellen Wegen für ein neues Lernklima in selbstständigeren Schulen jenseits der überkommenen Strukturen unserer Bildungslandschaft.

### Freiräume für Bürger

Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen mit dem Wandel und der Suche nach neuen Wegen Schritt halten. Besonders in der Politik aber haben wir das Problem zu langsamer Entscheidungsprozeduren, um mit den wissenschaftlich-technischen Prozessen und der Globalisierung Schritt zu halten. Die Politik muss auf der einen Seite kompetent, umsichtig und entschlossen Ziele setzen und Maßnahmen umsetzen – und auf der anderen Seite politische Allmachtsansprüche zurücknehmen zugunsten von Freiräumen für die Bürger. Wo sonst können Menschen neu lernen, Erfahrungen im Umgang mit dem Wandel sammeln, kreative Ansätze entwickeln?

Allerdings müssen solche Freiräume lebendig gehalten werden. Das gilt für Unternehmen, Schulen, soziale Einrichtungen. Vor allem aber gilt es im Hinblick auf die Kommunen, die finanziell ausgehungert werden. Denn wer die subsidiären Strukturen angreift, Ehrenamt in Frage stellt, Bildung beschneidet, soziale Beratungs und Hilfseinrichtungen austrocknet, der untergräbt auf Dauer das Tragegerüst unserer Lebenswelt selbst. Die Revitalisierung der Kommunen wird eine wesentliche Zukunftsaufgabe sein.

### Wettbewerb positiv verstehen

Es ist notwendig für Deutschland, Wettbewerb wieder positiv zu verstehen und ihn zu fördern. Das Beispiel der ehemaligen DDR zeigt, was passiert, wenn Wettbewerb fehlt. Im Gegensatz dazu hat die Soziale Marktwirtschaft die Innovation und Leistung fördernde Kraft des Wettbewerbs immer anerkannt. Wettbewerb ist auch Ausdruck von Freiheit und damit der Einsicht, dass wir niemals in einem abgeschlossenen System leben. Als Motor von Fortschritt und Wohlstand ist Wettbewerb für die sich wandelnden Verhältnisse in Arbeitswelt, Bildung, sozialer Sicherung und sozialer Teilhabe von allergrößter Bedeutung. Politische Führung sollte auch hier Zutrauen in die Bürger setzen, mit dem Wettbewerb in richtiger Weise umzugehen, so wie sie auch Zutrauen in deren Engagements-, Kooperations- und Solidaritätsbereitschaft setzt. Ein starker Staat setzt starke Bürger voraus – Bürger, die sich für das Eigene wie für das Gesellschaftliche mit all ihren Kräften, mit Kreativität, Verantwortungsbewusstsein und Urteilskraft einsetzen.

Diese Einsicht gilt auch für moderne Unternehmen. Sie müssen sich einerseits im wirtschaftlichen Leistungswettbewerb bewähren. Andererseits stehen sie als Teil der Bürgerschaft in der Verantwortung für den regionalen Standort und das Gemeinwohl. Der Wert eines Unternehmens bemisst sich heute nicht nur am Kapitalertrag, sondern auch an sozialen Werten, am Sozialkapital. Deswegen wird zunehmend häufig danach gefragt, was ein Unternehmen als „Corporate Citizenship“ für die Belange der Gesellschaft tut. Unternehmensnahe Stiftungen können im Reformprozess sogar eine Vorreiterrolle einnehmen. Das Engagement der Bertelsmann Stiftung ist hier beispielhaft.

*... wer die subsidiären Strukturen angreift, Ehrenamt in Frage stellt, Bildung beschneidet, soziale Beratungs- und Hilfseinrichtungen austrocknet, der untergräbt auf Dauer das Tragegerüst unserer Lebenswelt selbst.*

*Dr. Angela Merkel*

#### Ethische Prinzipien für Unternehmen

Ebenso wird – und das ist notwendig für eine wissensbasierte Wirtschaft – immer mehr darauf geachtet, wie die Mitarbeiter in einem Unternehmen behandelt und gefördert werden. Die Motivation der Mitarbeiter wird heute zu einem entscheidenden Produktivitätsfaktor. In den Mitarbeitern, in den Bürgern stecken mehr Kräfte, als viele ahnen. Bisher allerdings, das ergaben Studien, vernachlässigen deutsche Unternehmen im Gegensatz zu den USA oder den skandinavischen Ländern ihre wichtigste Ressource, den Menschen. Nur ein Fünftel aller deutschen Unternehmen setzt innovative, mitarbeiterorientierte Organisationsformen ein. Der Großteil verschenkt dadurch beträchtliche Leistungssteigerungen. Zukunftsfähige wirtschaftliche Führung setzt deshalb konsequent auf Dezentralität, Flexibilität, flache Hierarchien, Kooperation, kulturelle Wandlungsfähigkeit, Motivation durch Zutrauen und Verwirklichung von Werten. Reinhard Mohn hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass ethische Prinzipien wirtschaftlichen Unternehmenszielen nicht nachgeordnet, sondern substanzieller Teil dezentraler Unternehmensführung sind. Zu fördern sind deshalb Investitionen nicht nur in das Finanz-, sondern auch in das Bildungs- und Sozialkapital unserer Gesellschaft.

#### Neugier auf das Kommende

Die neue Soziale Marktwirtschaft zeigt dafür die ordnungspolitische Grundrichtung: das Prinzip Freiheit. Freiheit heißt Neugier auf das Kommende, Vielfalt der Wege statt Einheitslösungen. In diesem Sinn sollten wir alle Kräfte dafür mobilisieren, innovative Konzepte für eine veränderte

Welt zu entwickeln. Eine neue, zweite Gründerzeit ist gekommen. Aber zu ihr gehört mehr: Wir brauchen auch – vielleicht ist das sogar die schwierigere Aufgabe – den mentalen Wandel. Es gilt, mit neuem Wagemut, mit Begeisterungsfähigkeit und kraftvollem Pioniergeist die Veränderungen anzugehen. All denjenigen, die sich an alte Besitztümer klammern und den anstehenden Veränderungen ängstlich gegenüberstehen, sei deshalb ein Wort des französischen Literatur- und Nobelpreisträgers André Gide ans Herz gelegt: „Man entdeckt keine neuen Erdteile, ohne den Mut zu haben, altes Festland aus den Augen zu verlieren.“



# Neue Wege der Bürgerbeteiligung suchen

**Sinkende Wahlbeteiligung und wachsende Politikverdrossenheit – steuert unsere Gesellschaft auf eine Demokratie-Krise zu? Es ist Zeit zu handeln, meint Prof. Dr. Marga Pröhl, Leiterin des Themenfeldes Demokratie und Bürgergesellschaft der Bertelsmann Stiftung, und erläutert für das forum die Ziele und Schwerpunkte ihres Themenfeldes.**



*Die Themenfeldleiterin der Bertelsmann Stiftung, Prof. Dr. Marga Pröhl, setzt auf zeitgemäße Formen des bürgerschaftlichen Engagements.*

**Das Themenfeld Demokratie und Bürgergesellschaft wird in den nächsten Jahren in folgenden Schwerpunkten arbeiten:**

- **Demokratische Werte und Bürgerbeteiligung:**  
Die Bertelsmann Stiftung möchte einen Beitrag dazu leisten, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger gesellschaftlich engagieren wollen und auch die Möglichkeiten haben, ihre Bedürfnisse und Vorstellungen einzubringen.
- **Transparenz:**  
Wir werden im kommenden Jahr zunächst die Bedeutung von Transparenz für die Ausgestaltung einer lebendigen Bürgergesellschaft praxisorientiert klären und dann mit Modellprojekten dort ansetzen, wo der größte Handlungsbedarf besteht.
- **Strukturreform und Qualifizierung der Akteure:**  
Wir werden unsere Reformarbeit zum einen darauf ausrichten, der Politik beratend mit Vorschlägen für eine Reform der Entscheidungsstrukturen zur Seite zu stehen. Zum anderen werden wir uns dafür einsetzen, dass Politikern die qualifizierende Unterstützung zukommt, die sie zur Wahrnehmung ihrer anspruchsvollen Tätigkeit brauchen.

Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger mit dem Gemeinwesen identifizieren und sich aktiv in die Gestaltung politischer Entscheidungsprozesse einbringen. Oder mit den Worten von Max Frisch: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ Die Bürgergesellschaft, also eine Gesellschaft, in der Bürger sich kümmern und einmischen, dabei Solidarität und Gemeinsinn entwickeln, ist in Deutschland so lebendig wie nie zuvor. Das zeigt der von der Bundesregierung 1999 durchgeführte Freiwilligensurvey. Er belegt, wie groß das bürgerschaftliche Engagement in unserem Land ist.

Doch die Menschen engagieren sich zum großen Teil jenseits der etablierten gesellschaftlichen Strukturen; Kirchen, Vereinen und Parteien laufen die Mitglieder davon. Vor allem junge Menschen möchten sich nicht einbinden lassen in tradierte Formen des Engagements, die Verbindlichkeiten des Vereinslebens oder die Monotonie einer Parteidisziplin. Es besteht ein deutliches Missverhältnis zwischen einem großen – teilweise ungenutzten – Potenzial auf der einen und Möglichkeiten zur Beteiligung auf der anderen Seite. Letztere scheinen nicht mehr zeitgemäß zu sein und an konkreten Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger vorbeizugehen.

Im Themenfeld Demokratie und Bürgergesellschaft haben wir uns zum Ziel gesetzt, dass sich mehr engagierte und informierte Bürger in politische Entscheidungsprozesse einbringen können. Dazu gehört, beim Einzelnen demokratische Werte zu stärken und die Bereitschaft zur Beteiligung zu fördern; dazu gehört aber auch, staatliche Strukturen so zu verändern, dass Beteiligung überhaupt möglich wird. Denn heute erschwert oft ein Gewirr unterschiedlicher Verantwortlichkeiten die Identifikation von legitimen Einflussmöglichkeiten und setzt bürgerschaftlichem Engagement enge Grenzen.

Und zur Förderung von Demokratie und Bürgergesellschaft gehört die nachdrückliche Einforderung von Transparenz – seitens des Staates, aber auch z. B. der Wirtschaft oder der Medien. Denn Beteiligung wird erst durch Information möglich. Das Ideal des aufgeklärten Bürgers ist auch im 21. Jahrhundert noch nicht verwirklicht.

## **Autorin und Kontakt:**

Prof. Dr. Marga Pröhl

☎ 0 52 41/81 81 144

🌐 [www.bertelsmann-stiftung.de/](http://www.bertelsmann-stiftung.de/)

>> Themen/Demokratie und Bürgergesellschaft

✉ [marga.pröhl@bertelsmann.de](mailto:marga.pröhl@bertelsmann.de)

# Politikverdrossenheit als Herausforderung für die Kommunalpolitik

**Immer weniger Bürger identifizieren sich mit zentralen politischen Institutionen wie Parteien und Parlamenten und verzichten auf ihr Wahlrecht. Im Herbst dieses Jahres gibt die Bertelsmann Stiftung eine Studie heraus, die untersucht, was sinkendes politisches Bürgerinteresse für unsere Demokratie bedeutet. Ein wichtiger Ansatz, dem Desinteresse an Politik zu begegnen, liegt in der Stärkung von Transparenz, Qualität und Bürgernähe der Kommunalparlamente, meint Stefan Grönebaum, Herausgeber der kommunalpolitischen Monatszeitschrift „Demokratische Gemeinde“. Für das forum skizziert er den Status quo und den Handlungsbedarf auf kommunalpolitischer Ebene, um das Engagement der Bürger wieder zu wecken.**

## Von Stefan Grönebaum

Hart beurteilen die Parteienforscher das Objekt ihrer früheren Begierde: „Entkeimt, ermattet, ziellos“ oder „Keine Lust mehr auf Parteien“ so charakterisieren sie die Interessenlage bei den Bürgern. Und die Fakten scheinen ihnen Recht zu geben: Seit Jahren nimmt die Parteibindung, neuerdings auch das politische Interesse in der Bevölkerung ab. Bei stabiler Zustimmung zur Demokratie verlieren Parteien und Politiker zunehmend das Vertrauen der Bürger, die Zahl der Parteimitglieder sinkt, immer weniger Jüngere, Frauen, „Zeitarme“ und sozial Aktive treten ein – sind Parteien also ein Auslaufmodell?

Dabei ist vor undifferenzierten Verdrossenheits- und Krisensynthesen zu warnen: Schon oft wurde Parteien allgemein und einigen speziell das Totenglückchen geläutet. Vor dem Mitgliederschwund seit den 80ern gab es eine drastische Ausweitung, es gibt zunehmend neue Formen des Engagements in Bürgerinitiativen u.a. NGOs, die sich letztlich wieder an – Parteien wenden. Neue soziale Bewegungen wie globalisierungskritische und die Friedensbewegung bleiben

bisher die politische Alternative schuldig oder wenden sich direkt an die etablierte Politik. Und schließlich sind Parteien und Spitzen-Politiker umworben von den Medien, die ihre Absichten und Aktivitäten bis in den letzten Winkel der Republik vervielfältigen. Nein, man muss nicht den Zustand der Parteien begrüßen, um zu sehen, dass ohne sie derzeit wenig geht. Doch glauben immer mehr Bürger, dass auch mit Parteien wenig geschieht – etwa um dem Selbstlauf ökonomischer Sachzwänge, Umweltzerstörung, Krieg usw. zu begegnen. Parteien wirken derzeit den neuen Herausforderungen wenig gewachsen.

## Bekannte Probleme

Ein Blick zurück zeigt indes, dass die Probleme der Parteien nicht neu sind: Der Einheitseuphorie folgte Katzenjammer in Ost und West, der 1993 seinen Höhepunkt fand: Der „Asylkonflikt“, die Erfolge rechtsextremer Parteien ließen – zusammen mit „Klüngel, Filz, Skandalen“ – „Politikverdrossenheit“ zum Wort des Jahres aufsteigen. Doch die Parteien einigten sich, Rot-Grün strebte zur Mitte, die Union saugte

die Rechtswähler auf, und nach der Führungskrise der SPD war das Parteiensystem spätestens 1996 wieder mit vier Parteien in zwei Lagern sowie einer ostdeutschen Regionalpartei stabilisiert. Es blieb gering fragmentiert, mit offenem Wettbewerb der Parteien, einer geringeren inhaltlichen Spannweite, großem Ost-West-Unterschied bei zunehmender Volatilität genau kalkulierender Wähler.

Seit 1998 schickte eine Reihe dramatischer Ereignisse und solcher, die von den Medien dramatisiert wurden, beide Lager auf eine Achterbahn-Fahrt: Unausgereifte Reformen, Unsicherheiten über den Regierungskurs, aber auch Affären sind hier die Ursachen. Als die ökonomische Lage sich 2001 verdüsterte, schien Rot-Grün verloren, nur mit der Antiflut- und Antikriegspolitik konnte „Medienkanzler“ Schröder das Blatt noch einmal wenden. Und die Kommunalpolitik vollzog alle diese medial verstärkten Wenden getreu mit.

### Marktfähiger „Konzern Stadt“

Dabei sind die Bedingungen der Kommunalpolitik besonders schwierig: Sie gilt seit je als „am unparteiischsten“, hat aber seit den 70ern eine starke (Partei-)Politisierung erfahren. Mit der Folge von Ämterpatronage und Korruption, was ihren einst guten, d.h. parteifernen Ruf mit Affären wie der in Köln belastet. Sie ist die politisch und rechtlich schwächste aller politischen Ebenen und allen Schwankungen von oben ausgeliefert. Ihre Kompetenzen werden von Landesregierungen, Bund und EU durchlöchert statt gestärkt, die Aufgaben wachsen, die Finanzmittel nicht. Da zugleich die Erwartungen der Bürger hoch sind, ist Kommunalpolitik tendenziell permanent überfordert.

Dabei steht sie vor Herausforderungen auf vielen Ebenen: Politisch erwächst den Räten mit der Einführung der Direktwahl in den Oberbürgermeistern überlegene Konkurrenz. Die Bürger werden durch die Einführung direktdemokratischer Elemente gestärkt. Die Verwaltung hat auf Finanznot und Wettbewerbszwänge reagiert und baut mit dem neuen Steuerungsmodell betriebswirtschaftliche Elemente in ihr Steuerungssystem ein. So wird der „Konzern Stadt“ marktfähiger, aber für die Politik erst einmal weniger steuerbar. Vor allem hat die Wirtschaft als Investor im Standortwettbewerb eine unkritische Stellung gewonnen. Und für alle Akteure kommen Anforderungen durch die technologische Revolution hinzu – Stichwort E-Government.

So steht die (Kommunal-)Politik vor enormen Anpassungsaufgaben. Sie muss sich ändern, muss handlungsfähig bleiben oder werden: Durch Qualifizierungsmaßnahmen, Konzentration auf Kernprobleme und Entwicklung geeigneter Steuerungsmittel muss sie zeitgemäß werden. Kommunalpolitik ist auf selektive Bündnisse mit anderen politischen

Ebenen (Bund-Länder-Programme) sowie selektive Kooperation mit anderen Kommunalpolitikern (interkommunale Kooperation) und anderen gesellschaftlichen Gruppen (von der Aktivierung des Bürgerengagements bis zur Public Private Partnership) angewiesen.

### Wege zur Lösung

- Auf der Binnenebene ist die Qualifizierung der ehrenamtlichen Kommunalpolitik so unabdingbar wie ein halbwegs professionelles Personalmanagement.
- Team- und Öffentlichkeitsarbeit sowie strategisches Controlling und Management verhindern das frustrierende Versinken im Tagesgeschäft.
- Die Bündelung von Ressourcen, das Überschreiten von Ressortgrenzen und Kooperationen mit Kommunen und gesellschaftlichen Partnern überwinden altes Kirchturmsdenken.
- Gefragt ist eine intelligent-flexible, effizienzorientierte und leistungsprämierte Staatsklasse, die die Unterschiede zwischen den Sektoren respektiert und emphatisch moderiert: Sie muss zugleich dafür sorgen, dass bei den Bündnissen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft neben ökonomischen auch ökologische und soziale, kurz: nachhaltige Ziele nicht zu kurz kommen.

All das ist nicht sofort und umsonst zu haben: Am Anfang steht der feste Wille zur Veränderung zuerst bei sich selbst. Ansätze wie die Kommunalakademie der SPD oder die parteiübergreifenden Projekte POLIS und CIVITAS – Projekte der Bertelsmann Stiftung – müssen von einer Mehrheit der Kommunen aktiv aufgegriffen und auf höheren Ebenen unterstützt werden, z.B. beim Thema Bürgerengagement mit Steuerhilfen, Stiftungsrecht, Freiwilligenagenturen etc. Andernfalls werden die Kommunalpolitiker zum Igel, dem die Wirtschaft überall zuruft: „Ick bün all do“. Und viele Bürger fürchten schon, dass „alte“ Politik zu stark vermeintliche Sachzwänge des flexiblen Kapitalismus nachvollzieht, statt diesen ebenso flexibel zu nutzen und intelligent zu gestalten. Dabei sagen uns Weltbank und Deutsche Bank, dass mit der Globalisierung die Spielräume fürs Lokale wachsen. Nutzen wir sie endlich.

### Kontakt:

Dr. Andreas Osner

☎ 0 52 41/81 81 280

🌐 [www.politikreform.de](http://www.politikreform.de)

✉ [andreas.osner@bertelsmann.de](mailto:andreas.osner@bertelsmann.de)





# Hildopoly – kommunaler Haushalt kinderleicht

**Hand aufs Herz: Wissen Sie, wie viel Ihre Stadt jährlich für die Stadtreinigung ausgibt? Oder für Kindergärten und Schulen? Friedhofspflege? Blumenampeln und Weihnachtsschmuck? Und wissen Sie, welche Produkte und Dienstleistungen das Bauamt im Portfolio hat? Das Ordnungsamt? Das Stadtmarketing? Und viel wichtiger noch: Wissen Sie, wie hoch der Haushalt Ihrer Stadt ist – und ob er ausgeglichen ist? Bei einem Monopoly-Spiel ganz besonderer Art bekamen die Bürger der Stadt Hilden Antworten auf diese Fragen.**

An einem Samstag Ende Februar 2002 haben mehrere Hundert Hildener Bürger zusammen mit ihrer Stadtverwaltung Hildopoly gespielt. Im Rahmen des Projektes „Kommunaler Bürgerhaushalt“ der Bertelsmann Stiftung und des Innenministeriums NRW hat die Stadt Hilden sich, ihre Fachabteilungen und ihren Haushalt präsentiert und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Der Ort: die Turnhalle am Bandsbusch. Die Idee: der Hallenboden als Monopoly-Spielplan mit Spielfeldern Stadtwerke Hilden GmbH oder Wirtschaftsförderung anstelle von Badstraße oder Schlossallee.

## Kuschelkaninchen und harte Fakten

Die einzelnen Hildopoly-Spielfelder waren jeweils mit einem weißen Party-Pavillon bestückt. Jede Fachabteilung, daneben aber auch von der Stadt geförderte Vereine, wie z. B. die Drogenhilfe, und Geldgeber, wie die Stadtparkasse Hilden, hatte einen solchen Pavillon zur Verfügung, um sich, ihre Leistungen sowie Einnahmen und Ausgaben darzustellen. Und dies taten sie einfalls- und abwechslungsreich. So hatte das

Jugendamt einen echten Katamaran in die Halle geschleppt, um damit für das umfangreiche Freizeitprogramm, aber auch das Hildener Jugendparlament zu werben – natürlich nicht, ohne die damit verbundenen Kosten offen zu legen. Die Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nicht-Behinderte e. V. hatte kuschelige Kaninchen aus einem pädagogischen Abenteuerspielplatz- und Bauernhof-Projekt im Gepäck, aber auch die nüchternen Zahlen dazu: „Wussten Sie, dass wir pro Jahr pädagogische Angebote für ca. 19 200 Besucher Kinder durchführen und dass Sie das als Hildener Bürger durchschnittlich 4 Cent pro Jahr kostet?“ ließ ein Schild die interessierten Hildener wissen.

Schon vor der Turnhalle waren zur großen Freude der Kinder Rettungswagen, Feuerwehrauto und Müllfahrzeug aufgeföhren – auch diese versehen mit großen Preisschildern. Hier auf konnten Eltern oder Großeltern zu ihrem Erstaunen lesen, dass ein Feuerwehrauto 259 440,27 Euro kostet und ein Müllauto im jährlichen Unterhalt die Stadtkasse mit immerhin 53 000 Euro belastet.

„Gehen Sie über Los und ziehen Sie 4 000 Euro ein!“ Diesen Platz hatte sich die Stadtkämmerei reserviert und hier eine große Holzwaage aufgebaut, die – in Hilden (noch) ausgewogen – das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben vor Augen führte. Während Opa sich die einzelnen Säckchen in der Waagschale „Einnahmen“ genauer anschaute, „So wenig Gewerbesteuerereinnahmen ...?“, zog der Enkel neugierig an der großen Waagschale und sorgte so handgreiflich für ein sattes Plus in der Stadtkasse, bevor er sich, mit Oma im Schlepptau, am Stand der Baumaßnahmen das TV-Kontrollsystem für Rohre, eine auf einen kleinen ferngesteuerten Wagen montierte Kamera, in Aktion anschaute.



Anschauliche Informationen über Ausgaben und Aufgaben und deren Verteilung in ihrer Stadt bekamen die Hildener Bürger bei der Hildopoly-Aktion im Rahmen des Projekts „Kommunaler Bürgerhaushalt“



## Standpunkt: mehr Mut zur Bürgerkonsul- tation in Haus- haltsfragen

*Oliver Haubner, bei der Bertelsmann Stiftung für das Projekt Kommunaler Bürgerhaushalt zuständig, warnt vor dem Sparen am falschen Ende.*

**Um die kommunalen Finanzen – nicht nur in NRW – war es nie so schlecht bestellt wie derzeit. Und auch die weiteren Aussichten sind alles andere als erfreulich. Trotzdem sollte bei der Bürgerbeteiligung nicht gespart werden, meint Oliver Haubner, Projektmanager im Themenfeld Demokratie und Bürgergesellschaft.**

Angesichts der bekanntlich leeren Kassen in Städten und Gemeinden rückt das Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ zunehmend in das Interesse der Öffentlichkeit. Aber es mehren sich auch Stimmen, die Ziel und Zweck des Bürgerhaushaltes kritisch hinterfragen – schließlich ist das Projekt der Bertelsmann Stiftung und des Landes NRW für die Kommunen nicht zum Nulltarif zu haben. Aktionen wie „Hildopoly“ kosten Geld. Daher wundert es nicht, wenn die Frage oft gestellt wird. „Sollen wir einen Bürgerhaushalt machen? Wir haben doch eh nichts mehr zu verteilen!“ Darauf kann die Antwort nur heißen: Gerade jetzt sind Politik und Verwaltung darauf angewiesen, die Verwendung der immer knapper werdenden Ressourcen mit den Bürgern zu diskutieren, denn nur so entwickeln sie Verständnis für die Kommunalpolitik und wenden sich nicht frustriert oder resigniert ab.

### Bürgerinteresse spielerisch wecken

Und so gab es für jeden etwas: Die Kinder waren begeistert von einer echten Feuerwehr-Uniform zum Anfassen oder vergnügten sich in der Kinderspielecke, während Eltern und Großeltern sich in aller Ruhe über den Haushalt ihrer Stadt informieren konnten. Die Jugendlichen – sonst trockenen kommunalpolitischen oder gar finanzpolitischen Themen eher abgeneigt – wurden durch ein lockeres Rahmenprogramm mit Live-Musik und Breakdance-Gruppen zum Hildener Bürgerhaushalt in die Turnhalle gelockt. Gulaschsuppe am Stand der AWO, frisch gebackene Waffeln und selbstgemachter Kuchen am Stand der städtischen Kindergärten taten ein Übriges: Der Charakter fast schon eines Volksfestes für die ganze Familie verursachte großen Andrang; die kreative Präsentation der Haushaltsdaten sorgte für lebhaftere Diskussionen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den an den Ständen anwesenden Mitarbeitern.

### Bürger als Teil des Verfahrens

Gelungenes Infotainment, um die Bürgerinnen und Bürger für ein wichtiges Thema zu interessieren. Hildopoly ist im Rahmen des Hildener Bürgerhaushaltes allerdings nur ein erster Schritt. Denn Ziel ist nicht lediglich die Information der Bürgerinnen und Bürger, sondern das Aufnehmen von Anforderungen und Anregungen. Das stellte Bürgermeister Günter Scheib schon bei der Eröffnung klar: „Sie sind heute Teil des Verfahrens. Wir erwarten von Ihnen Vorschläge für die Gestaltung des Haushaltes.“ Dazu wurde jedem Hildopoly-Mitspieler gewissermaßen als Spieleinsatz ein kurzer Fragebogen ausgehändigt mit der Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge oder „Ihre Sparidee für den Haushalt 2003“ anzugeben. Alle diese Ideen werden bei den Haushaltsberatungen mit dem Rang einer Eingabe einer Ratsfraktion behandelt werden. Damit haben die Hildener in diesem Jahr erstmals Gelegenheit, direkten Einfluss zu üben auf den Haushaltsplan ihrer Stadt. Schließlich geht es um ihr Geld! Wie gut kennen sie den Haushalt ihrer Stadt? *gvo*

#### Kontakt:

Oliver Haubner

☎ 0 52 41/81 119

🌐 [www.buergerhaushalt.de](http://www.buergerhaushalt.de)

✉ [oliver.haubner@bertelsmann.de](mailto:oliver.haubner@bertelsmann.de)

# Die Politik fühlt sich von der Informationsfreiheit überfordert

Meinungsfreiheit gehört zu den Grundlagen der Demokratie. Zur Meinungsbildung brauchen sowohl Journalisten als auch Bürger Informationen aus Quellen, die sie im Zweifelsfall selbst recherchieren können. Noch hat Deutschland auf Bundesebene kein Gesetz, das das Recht auf ungehinderten Zugang zu Informationen garantiert. Die Debatte um die Einführung eines solchen Gesetzes bewegt sich im Spannungsfeld von Datenschutz, dem Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Transparenz. Die Bertelsmann Stiftung treibt diese Debatte, die immer wieder ins Stocken zu geraten droht, voran: u.a. mit der Formulierung von Anforderungen an ein solches Gesetz, die auf der Grundlage einer gemeinsamen Analyse mit der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit (IFG) und dem Datenschutz definiert wurden.

Von Thomas Leif und Ingmar Cario

1998 wurde erstmals das Ziel einer bundesdeutschen Regierung verankert, die Verwaltung des Bundes für die Bürger transparenter zu gestalten. In der Koalitionsvereinbarung hieß es: „Durch ein Informationsfreiheitsgesetz wollen wir unter Berücksichtigung des Datenschutzes den Bürgerinnen und Bürgern Informationszugangsrechte verschaffen.“ Es blieb bei der Absichtserklärung.

Der von Bundesinnenminister Otto Schily im Sommer 2001 vorgelegte Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz griff bereits in den entscheidenden Punkten zu kurz und ließ weiten Spielraum für Interpretationen, die zu einer restriktiven Handhabung geradezu einluden. So sollte nach den Plänen Schilys der Anspruch auf Zugang zu Informationen entfallen, wenn der „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung berührt“ werde oder wenn es um Informationen aus „laufenden Verwaltungsverfahren“ gehe. Dies wäre widersinnig gewesen, da Verwaltungshandeln immer „exekutive Eigenverantwortung“ tangieren kann und die Bürger sich natürlich gerade für die Vorgänge interessieren, auf die sie noch Einfluss nehmen können.

### Fehlende Fristenregelung

Der Entwurf von Schilys Referenten sah keine Zeiträume vor, innerhalb derer die Anträge von Bürgern hätten bearbeitet werden müssen. Die meisten Informationen sind jedoch nur hilfreich, wenn man sie schnell und unkompliziert bekommt. Erschwerend kam außerdem hinzu, dass der vorgesehene Höchstsatz für Auskünfte bei 1000 DM zuzüglich Auslagen lag – eine durchaus wirksame Regelung, um Auskunftsbeglehen abzuwehren. Trotz dieser weitgehenden Einschränkungen der Informationsfreiheit ging der Entwurf des Bundesinnenministers seinen Kollegen noch zu weit. Er scheiterte schließlich am Widerstand des Finanz-, Verteidigungs- und Wirtschaftsministeriums und an der Lobbyarbeit des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

Die Fraktionen von SPD und Grünen sahen sich außerstande, den Bedenken der Ministerien entgegenzuwirken, und verzichteten auf die Verabschiedung des Gesetzes in der vergangenen Legislaturperiode.

>>>



Die Autoren Dr. Thomas Leif (links), Chefreporter beim SWR Rheinland-Pfalz, und Ingmar Cario, freier Journalist, sind Mitglieder im Netzwerk Recherche, das auf die Einführung des IFG dringt. Sie sehen weniger im Datenschutz als im Lobbyismus die Gründe, warum das Informationsfreiheitsgesetz in Deutschland im Gegensatz zum europäischen Ausland bislang nicht verwirklicht wurde.



Der Bund hinkt mit seiner verzagten Politik den SPDgeführten Bundesländern Schleswig-Holstein, Brandenburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen weiter hinterher. Diese verfügen bereits über Informationsfreiheitsgesetze und öffnen ihre Aktenschranke bei allen Belangen, die von öffentlichen Stellen bearbeitet werden. Das Informationsrecht erstreckt sich auf die Unterlagen der Landesbehörden genauso wie auf die Akten und Computerdateien der Kreisverwaltungen oder der Gemeinden. Gemeinsam ist den vier Landesgesetzen, dass sie die Geheimhaltung amtlicher Akten und Datensammlungen von der Regel zur begründungsbedürftigen Ausnahme machen. Die Antragsteller brauchen ihre Anliegen also nicht zu begründen und folglich keine eigene Betroffenheit bei ihrem Informationswunsch nachzuweisen. Allerdings ist auch hier der Anspruch auf Informationsfreiheit eingeschränkt. Dies betrifft die Belange der Landesverteidigung, der Strafverfolgung, den Schutz von Geschäftsgeheimnissen und die Vertraulichkeit von nicht abgeschlossenen behördlichen Entscheidungsprozessen.

### Tradition der Amtsverschwiegenheit brechen

Die Vorteile, die ein Informationsfreiheitsgesetz nicht nur den Bürgern, sondern insbesondere auch Journalisten für ihre Arbeit bringt, sind nach wie vor nur wenigen Medienschaffenden bekannt. Aus journalistischer Sicht ist das Informationsfreiheitsgesetz wichtig, weil es die deutsche Tradition der „Amtsverschwiegenheit“ von der Regel zur begründungsbedürftigen Ausnahme macht und damit zu einem generellen Klima der Offenheit beiträgt. Diese Umkehrung ist überfällig, weil Journalisten immer wieder durch verschlossene Behördenvertreter bei der Recherche behindert werden. Das fehlende Wissen der Journalisten um Relevanz und Nutzen eines Informationsfreiheitsgesetzes für die Bürger und die eigene Arbeit führte zu einer mangelnden Berichterstattung. Das IFG fand nach seiner Einführung in Nordrhein-Westfalen Anfang 2002 kaum Resonanz in den Medien – mit der Folge, dass bislang nur wenige Bürger die Möglichkeit zur Akteneinsicht genutzt haben. Das mangelnde Interesse der Bürger wiederum beflügelt das Desinteresse der Politik an der Umsetzung der Informationsfreiheit.

### Informationstransparenz als Mittel gegen Korruption

Wie wichtig die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes wäre, zeigt sich beim Blick auf das Korruptionsranking der Anti-Korruptionsorganisation Transparency International (TI), die von der Bertelsmann Stiftung im vergangenen Jahr mit dem Carl Bertelsmann-Preis ausgezeichnet wurde. Im vergangenen Jahr belegte Deutschland hier lediglich den 18. Platz. Aus diesem Grund fordert auch TI die rasche Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes. Staaten wie die skandinavischen Länder, die bereits über ein IFG verfügen und Transparenz im staatlichen Handeln zeigen, schneiden im Vergleich deutlich besser ab, verfügen also über signifikant weniger Korruption.

Die Einführung eines bundesweiten Informationsfreiheitsgesetzes hätte Signalwirkung auch für die Bundesländer, die sich bislang hartnäckig der Informationsfreiheit verweigern. Auf die Einführung eines bundesweiten Gesetzes gilt es daher, die Kräfte von Gewerkschaften, Verbänden und NGOs zu richten. Die Voraussetzungen dafür sind besser geworden. Zum einen haben die Grünen, die seit jeher ein IFG befürworten, durch die Bundestagswahl 2002 ihre Position in der Regierung gestärkt, zum anderen sitzt mit Wolfgang Clement ein Minister an der Spitze des Wirtschaftsministeriums, in dessen Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes fiel.

Die Tatsache, dass Deutschland zusammen mit Luxemburg bei der Informationsfreiheit das Schlusslicht in der EU ist, sollte daher nicht Anlass zur Resignation geben, sondern als Chance begriffen werden. Da aus praktisch allen westlichen Ländern bereits Erfahrungen mit Informationsfreiheitsrechten vorliegen, bietet sich die Möglichkeit, darauf aufzubauen und die bewährten Regeln zu übernehmen, um ein bürgerorientiertes und journalistenfreundliches Gesetz zu schaffen. Doch ohne besonderen Einsatz der Befürworter einer aktiven Bürgergesellschaft wird sich nichts ändern.

### Kontakt:

Dr. Thomas Hart

☎ 0 52 41/81 81 328

🌐 [www.begix.de/informationsfreiheit](http://www.begix.de/informationsfreiheit)

✉ [thomas.hart@bertelsmann.de](mailto:thomas.hart@bertelsmann.de)





*Mitentscheiden und mitgestalten:  
Die Viernheimer Bürgerinnen und  
Bürger wollen mehr Transparenz bei  
politischen Prozessen, damit sie ihre  
Ideen und ihre Tatkraft gezielt ein-  
bringen können.*

## Die „Lokale Demokratiebilanz“ am Beispiel der Stadt Viernheim

# Wie demokratisch sind wir?

**Überraschend viele Bürger würden sich gern für das Gemeinwohl engagieren und an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Bürgerbefragung in der hessischen Stadt Viernheim. Viernheim ist Pilotkommune für das erste Modellvorhaben „Lokale Demokratiebilanz“ in Deutschland, einem Projekt der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung Mitarbeit.**

**Von Beate Ramm, freie Journalistin, Oldenburg**

„Wir brauchen zwar die repräsentative Demokratie“, sagt der Viernheimer Bürgermeister, Matthias Baaß, „aber gleichzeitig auch Strukturen, die es ermöglichen, dass Bürger sich besser einbringen können.“ Mitarbeiter in der Verwaltung sollen dazu motiviert werden, Bürgerbeteiligung nicht als leidige Pflicht, sondern als willkommene Ressource in ihr Denken und Arbeiten zu integrieren. Denn selbst in Viernheim, als CIVITAS-Mitglied eine Art Vorzeige-Kommune für Bürgerorientierung, fehlt offenbar vielen Menschen das Gefühl, in Kommunalpolitik und Stadtentwicklung wirklich etwas bewegen zu können.

### Aktive Viernheimer

Die meisten Viernheimer finden, dass sich die Menschen in ihrer Stadt sehr aktiv in freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten einbringen. Zusätzlich zu den vielen Menschen (43 Prozent), die sich bereits in irgendeiner Form engagieren, erklärte sich mehr als ein Drittel (!) der Befragten bereit, neu oder erstmalig eine ehrenamtliche Aufgabe zu übernehmen. Nicht zufrieden sind die Befragten mit den bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten an kommunalen Planungs- und Ent-

scheidungsprozessen in ihrer Stadt. Mehr als zwei Drittel der Befragten erachten solche Möglichkeiten jedoch als wichtig.

### Zurückhaltung in der Lokalpolitik

Durch etablierte Politikformen lässt sich das große Mitwirkungspotenzial in der 34 000-Einwohner-Stadt offenbar nicht aktivieren. Die Beteiligung an den Kommunalwahlen war 2001 mit 45 Prozent eklatant niedrig. Insbesondere junge Leute kennen keinen einzigen Stadtverordneten. Fast Dreiviertel aller Befragten fühlen sich durch den Stadtrat nur „teilweise“ gut vertreten und über seine Arbeit auch nur „teilweise“ gut informiert.

Die Tatsache, dass die Menschen einerseits mehr Einfluss fordern, sich andererseits aber nicht an den klassischen demokratischen Meinungsbildungsprozessen beteiligen – beispielsweise in den Parteien –, signalisiert Handlungsbedarf: Wie müssen die Strukturen beschaffen sein, die zur Mitwirkung motivieren? Dies ist die zentrale Frage der „Lokalen Demokratiebilanz“.

>>>

### Kommunikationskultur verbessern

Als CIVITAS-Kommune und Mitglied im „Gesunde-Städte-Netzwerk“ hat Viernheim eine beispielhafte Selbsthilfe- und Freiwilligenkultur etabliert. Dennoch wissen nur etwas mehr als die Hälfte der Menschen, die für die „Lokale Demokratiebilanz“ befragt wurden, dass die Stadt ehrenamtliches Engagement fördert. Information, Kommunikation und Transparenz, so die Schlussfolgerung, sind für ein gesundes Demokratie-Klima von zentraler Bedeutung. Die Frage ist, wie eine bessere Beteiligungskultur hergestellt werden kann. Dazu sagt Bürgermeister Matthias Baaß: „Wir müssen - in der Verwaltung und auch in den Parteien - die Entscheidungswege offen legen und nicht in internen Kreisen verhandeln.“

### Bestandsaufnahme und Ideensuche in allen Verwaltungssressorts

Zweites Standbein der „Lokalen Demokratiebilanz“ ist eine Selbstbewertung der Verwaltung in Sachen Bürgerbeteiligung (Verwaltungsenquete). In Viernheim wurden Mitarbeiter der Stadtverwaltung in zehn Workshops für die Thematik sensibilisiert und zu eigenen Ideen bei der Umsetzung angeregt. Ein weitreichender Vorschlag war beispielsweise, ein Bürgergremium einzurichten, das über die Verteilung finanzieller Mittel mitbestimmt. Mitarbeiter des Sozialamtes schlugen vor, Treffs einzelner Interessengruppen als Brücke zwischen Amt und Hilfe Suchenden einzurichten.

### Vorbehalte in der Verwaltung abbauen

Generell stellen Mitarbeiter in der Verwaltung fest, dass die Bürgerinnen und Bürger selbstbewusster und fordernder als früher auftreten. Ihnen mehr Rechte und Möglichkeiten einzuräumen, nährt unter den Verwaltungsangehörigen Ängste vor Basisdemokratie und Machtverlust. Diese Sorge ist insbesondere in Verwaltungseinheiten verbreitet, die bisher wenig Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung gemacht haben. Hier sind Supervision und Fortbildung vonnöten. „Der Bürger denkt vernünftig und sparsam“, fasst Bürgermeister Matthias Baaß seine positiven Erfahrungen aus konkreten Projekten zusammen. Transparente Verwaltungsentscheidungen lösten Vorbehalte auf und führten dazu, dass die Bürger sich mit dem Ergebnis identifizieren können.

### Neue Formen des Engagements finden

Zur Zeit werden die Ergebnisse der Viernheimer „Lokalen Demokratiebilanz“ in der Stadt diskutiert und bewertet. Danach soll ein Katalog mit Handlungsempfehlungen für die Stadt erstellt werden. Parallel wird bereits an der Umsetzung gearbeitet. Erster Schritt war ein „Markt der Möglichkeiten“ am 22. März 2003, einer Art Jobvermittlungsbörse im Ehrenamt. Sie wandte sich insbesondere an die rund 500 Personen, die



## Das CIVITAS-Netzwerk

Das CIVITAS-Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland ging 1999 aus dem Wettbewerb der Bertelsmann Stiftung „Bürgerorientierte Kommune - Wege zur Stärkung der Demokratie“ hervor. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet gemeinsam mit den CIVITAS-Kommunen an Strategien zur Förderung von Bürgergesellschaft und Stärkung der lokalen Demokratie. Wie lässt sich das große Mitwirkungspotenzial in der Bevölkerung aktivieren? Auf diese Frage will die „Lokale Demokratiebilanz“ Antworten finden. Zwei wichtige Elemente sind die Bürgerbefragung und die Bestandsaufnahme innerhalb der Verwaltung. Sie geben Auskunft über den Stellenwert von Bürgerorientierung und -beteiligung in der jeweiligen Kommune. Das Instrumentarium stammt aus Skandinavien und wurde auf Deutschland übertragen. Die Ergebnisse münden in Handlungsempfehlungen für ein besseres Demokratie-Klima vor Ort, getragen von Kommunalpolitik und -verwaltung, Vereinen, Verbänden und Bürgergruppen. Nach zwei bis drei Jahren wiederholt, lässt sich durch die „Lokale Demokratiebilanz“ der Fortschritt messen.

namentlich ihr Interesse bekundet hatten, sich ehrenamtlich zu engagieren. Zehn von ihnen konnten bereits in ein Mentorenprojekt vermittelt werden, das Jugendlichen nach dem Schulabschluss hilft, den Einstieg ins Berufsleben zu finden - ein Engagement mit hoher Erfolgsquote.

Auch die Städte Heidelberg, Solingen, Leipzig und die bayerische Gemeinde Weyarn haben eine „Lokale Demokratiebilanz“ begonnen und erste Schritte durchgeführt. Weitere Kommunen werden dem Beispiel folgen. Die Bertelsmann Stiftung strebt an, dass ihr Modellprojekt deutschlandweit Schule macht und das Konzept langfristig dazu beiträgt, dass die lokale Verantwortungsgemeinschaft gestärkt wird und Bürgerinnen und Bürger die Stadtentwicklung aktiv mitgestalten.

### Kontakt:

Dr. Heidi Sinning

☎ 0 52 41/81 81 563

🌐 [www.buergerorientierte-kommune.de](http://www.buergerorientierte-kommune.de)

✉ [heidi.sinning@bertelsmann.de](mailto:heidi.sinning@bertelsmann.de)



*Rührt die Werbetrommel : George Hepburn, Geschäftsführer der größten europäischen Bürgerstiftung, hat Erfahrung darin, wie man bürgerschaftliches Engagement wirkungsvoll aktiviert.*

## Die Erfolgsstory der größten europäischen Bürgerstiftung



# Bürgerstiftungen brauchen professionelles Management

**Die Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland ist Mitglied im „Transatlantic Community Foundation Network“ (TCFN) und war Gastgeberin der diesjährigen Plenumskonferenz, die Ende März 2003 in Newcastle im Nordosten Englands stattfand.**

Die Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland ist die größte europäische Bürgerstiftung. Gegründet 1988, war sie eine der ersten britischen Bürgerstiftungen. Ihr Einzugsgebiet umfasst 1,5 Millionen Bewohner – mit der City of Newcastle im Mittelpunkt. Großbritannien ist das europäische Pionierland der Bürgerstiftungsbewegung, dort gibt es derzeit 31 „Community Foundations“ plus 33 Gründungsinitiativen. Alle englischen Bürgerstiftungen verfügten 2002 über ein Vermögen von umgerechnet 137 Millionen Euro und vergaben Fördermittel in Höhe von 33 Millionen Euro.

Als Stiftungen von Bürgern für Bürger sind sie durch ihre Unabhängigkeit und Flexibilität wie kaum eine andere Institution geeignet, bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren und eine Vielfalt gemeinnütziger Aktivitäten auf lokaler Ebene zu fördern. Die Bürgerstiftung hilft Bürgern und ortsansässigen Firmen, ihre Spenden zielgerichtet in Lösungen für das Gemeinwesen umzusetzen. Ihr Vorteil besteht in ihrer Unabhängigkeit: Ihre Ausgaben werden aus den Erträgen ihres Kapitals gedeckt.

### Vermögen und Bekanntheitsgrad erhöhen

Die Erfolgsgeschichte der Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland begann 1991 mit einem sogenannten „Challenge Grant“-Wettbewerb der amerikanischen C. S. Mott Foundation. Die in Newcastle ansässige Stiftung war unter den Siegern: In zwölf Monaten gelang es ihr, 3 Millionen britische Pfund einzuwerben. Hierfür erhielt sie als Auszeichnung zusätzlich 1 Million britische Pfund von der Mott Foundation. Mit diesen Mitteln konnten die ersten Förderprogramme angegangen werden. Hierdurch wuchs die Bekanntheit der Bürgerstiftung, und neue Zustiftungen konnten akquiriert werden. Das Vermögen stieg schnell von 4,45 Millionen Euro auf 10,4 Millionen Euro im Jahr 1996. Gegenwärtig vereint die Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland unter ihrem Dach über 100 unselbstständige Stiftungen und weist ein Gesamtvermögen von 36 Millionen Euro auf.

Gerade für Bürgerinnen und Bürger, die nur kleine Beträge spenden wollen, bieten Bürgerstiftungen eine hervorragende Möglichkeit, eine aktive Rolle für das Gemeinwohl zu übernehmen, indem sie sich ehrenamtlich in Projekten engagieren. Auf diese Weise kann, wie zahlreiche Beispiele zeigen, häufig auch mit wenig Geld große Wirkung erzielt werden.

*George Hepburn, Geschäftsführer der erfolgreichen Community Foundation Tyne, Wear Northumberland, sieht die Servicebereitschaft „seiner“ Stiftung als einen Baustein des Erfolges.*



## Interview mit Stiftungspionier George Hepburn

**Als langjähriger Geschäftsführer hat George Hepburn maßgeblichen Anteil am erfolgreichen Aufbau der Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland. Seit dem Jahr 2000 ist er zugleich Vorsitzender des „Community Foundation Network“ (CFN), der Dachorganisation der Bürgerstiftungen im Vereinigten Königreich. Das forum sprach mit George Hepburn über die wachsende Bedeutung von Bürgerstiftungen.**

*Was waren die entscheidenden Faktoren für den Erfolg der Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland?*

Angelehnt an das Motto aller Immobilienmakler lautet die Antwort: „Die Lage, die Lage, die Lage.“ Der Nordosten Englands hat schon seit jeher ein starkes Zusammengehörig-

keitsgefühl. Die Mehrzahl unserer Stifter und Spender haben Familien, deren Wurzeln lange in die Region zurückreichen. Zusätzlich war die Bürgerstiftung Tyne and Wear ihrer Zeit immer ein Stück voraus, da sie rechtzeitig in professionelles Personal investiert hat.

***Welche Rolle spielen Bürgerstiftungen im Vereinigten Königreich?***

In über 90 Prozent des Vereinigten Königreiches sind Bürgerstiftungen aktiv. Sie haben inzwischen einen sehr guten Ruf als lokale und regionale Förderorganisationen. Mehr und mehr wachsen Bürgerstiftungen auch in ihre Rolle als kompetente Dienstleisterinnen für Stifter und Spender hinein. Sie kümmern sich um alle administrativen Belange und überlassen dem Stifter die Freiheit der Projektauswahl. Unser persönlicher Service lässt somit „Stifter-Träume wahr werden“.

***Welche Bedeutung hat der internationale Erfahrungsaustausch zwischen Bürgerstiftungen, und inwiefern hat die Bürgerstiftung in Newcastle von der Teilnahme am TCFN profitiert?***

Durch das Netzwerk habe ich Kontakt mit vielen interessanten Persönlichkeiten auf beiden Seiten des Atlantik. Ich bin dankbar, mehr über das Potenzial von Bürgerstiftungen in unterschiedlichen Nationen und Gesellschaftsformen zu lernen. Mein Job kann manchmal sehr einsam sein, aber durch TCFN habe ich die unschätzbare Chance, von erfahrenen Kollegen zu lernen. Ich bin stolz darauf, Mitglied einer internationalen und rasch wachsenden Bürgerstiftungs-Gemeinschaft zu sein. Die Erfahrungen des diesjährigen TCFN-Plenums-treffens in Newcastle haben mich darin bestärkt, dass der transatlantische Erfahrungsaustausch auf der Ebene der Bürgergesellschaft heute wichtiger ist denn je.

***Wo sehen Sie ihre Stiftung und die internationale Bürgerstiftungsbewegung in zehn Jahren?***

Beeindruckend finde ich die Begeisterung der amerikanischen Bürgerstiftungen, schon allein wegen ihrer signifikanten Vermögenswerte. Dies bestärkt mich in unserem ehrgeizigen Ziel, auch bei uns das Stiftungswesen weiterzuentwickeln. Aber dies ist nur der Anfang. Bürgerstiftungen können eine wichtige Rolle auf lokaler Ebene spielen, wenn sie ihre Ressourcen und Möglichkeiten vernünftig einsetzen. Wir können hierbei viel von den jungen Bürgerstiftungen in Mittel- und Osteuropa lernen, die alle Akteure an einen Tisch, und so die Menschen einander näher bringen.

**Autor:**

Karim Chätti

**Kontakt:**

Peter Walkenhorst

☎ 0 52 41/81 81 172

🌐 [www.tcfn.efc.be](http://www.tcfn.efc.be)

✉ [peter.walkenhorst@bertelsmann.de](mailto:peter.walkenhorst@bertelsmann.de)



## Bürgerstiftungen im Aufwind

Reinhard Mohn, der die Stadtstiftung Gütersloh mit initiiert hat, wertet Bürgerstiftungen als Ausdruck gelebter Demokratie. Hier sieht er die Bürgergesellschaft tatkräftig verwirklicht und das Subsidiaritätsprinzip eingelöst. Gerade in Zeiten knapper Kassen verbessern Bürgerstiftungen die Lebensqualität in Städten und Gemeinden und können flexibel und unbürokratisch agieren. Die Bertelsmann Stiftung unterstützt mit verschiedenen Projekten die Professionalisierung von Bürgerstiftungen, sowohl im Inland als auch im internationalen Rahmen. Zusammen mit der amerikanischen C. S. Mott Foundation hat sie 1999 das Transatlantic Community Foundation Network (TCFN) initiiert, zu dem 46 Repräsentanten erfolgreicher Bürgerstiftungen aus Europa, Kanada, Mexiko und den USA gehören.



## Neuerscheinungen zum Thema Demokratie und Bürgergesellschaft

### **auf Worte folgen Taten**

*Hrsg.: Bertelsmann Stiftung*

Mehr als 1300 Initiativen aus ganz Deutschland hatten sich im vergangenen Jahr für den Wettbewerb zur Integration von Zuwanderern beworben, der von Bundespräsident Johannes Rau und der Bertelsmann Stiftung gemeinsam ausgerichtet worden war. Der von der Stiftung herausgegebene Band mit dem Titel „Auf Worte folgen Taten“ dokumentiert das beispielhafte Engagement von Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften und anderen Initiativen, die an dem Wettbewerb teilgenommen haben. Die erfolgreichen und originellen Ideen und Strategien machen Mut, sich weiter für ein gutes Miteinander von Einheimischen und Zuwanderern einzusetzen, und geben zahlreiche Anregungen zur Nachahmung.

2003, 500 Seiten, Ordner  
inkl. CD Rom  
Euro 29,-  
ISBN 3-89204-640-9

### **Ratsarbeit besser machen**

*Hrsg.: Marga Pröhl und Andreas Osner*

Die kommunalen Parlamente stehen nicht in dem Ruf, zeitsparend und effizient zu arbeiten. Genau das müsste aber der Fall sein, wenn sich wieder mehr Menschen bereit finden sollen, im politischen Ehrenamt Verantwortung zu übernehmen. Das Handbuch „Ratsarbeit besser machen“ wendet sich an kommunale Mandatsträger, Verwaltungschefs, Parteifunktionäre und andere Mitglieder kommunal-

politischer Gremien. Es soll dazu beitragen, demokratische Steuerung zeitgemäß und zukunftsfähig zu gestalten. Dazu gibt die Publikation Instrumente an die Hand, mit denen Politikstrukturen und Entscheidungsabläufe vor Ort evaluiert, Erfolgsfaktoren identifiziert und Schritte zur Verbesserung unternommen werden können.

2003, 136 Seiten  
Euro 15,-  
ISBN 3-89204-686-7

### **Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland**

*Hrsg.: Marga Pröhl, Heidi Sinning, Stefan Nährlich*

Zahlreiche Städte und Gemeinden in Deutschland sind auf einem guten Weg zu mehr Bürgerorientierung. Im „CIVITAS-Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland“ der Bertelsmann Stiftung sind diese Kommunen zusammengeschlossen. Sie haben zukunftsweisende Ansätze und vielfältige Best Practices entwickelt-, z.B. zu den Schwerpunkten „Anerkennungs- und Beteiligungskultur“ oder „Bürgerorientierte Stadtteilentwicklung“.

Der vorliegende Band präsentiert die Ergebnisse des Netzwerkes und bietet einen reichen Fundus von Anstößen und Ideen zum Themenkomplex Bürgerorientierung. Er richtet sich gleichermaßen an engagierte Bürger, Politiker und Fachkräfte aus Planung und Verwaltung.

2002, 396 Seiten, Broschur  
Euro 15,-  
ISBN 3-89204-448-1

# Namen und Nachrichten

## Kontakt:

Dr. Silke Jansen

☎ 0 52 41/ 81 81 368

✉ silke.jansen@bertelsmann.de

## Bertelsmann Stiftung auf der Bildungsmesse

Fünf Tage lang präsentierten die Projektmitarbeiter aus dem Themenfeld Bildung Anfang April 2003 ihre Arbeit auf der Nürnberger Bildungsmesse. Am Stand der Stiftung gab es u.a. Gespräche mit Vertretern des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Entsprechend den Themenschwerpunkten „Frühkindliche Bildung“, „Qualitätswettbewerb“ und „Vernetzte Bildungskonzepte“ diskutierte die Stiftung mit dem Fachpublikum.

## Die besten Links statt tausend Treffern

Seit Frühjahr dieses Jahres bietet die Deutsche Internetbibliothek (DIB) Orientierungshilfe in der Informationsflut. Der derzeit 4204 Links umfassende Katalog der DIB, die von der Bertelsmann Stiftung und dem Deutschen Bibliotheksverband ins Leben gerufen wurde, enthält ausschließlich empfehlenswerte, seriöse Seiten. Sie werden von 70 an dem Projekt beteiligten Öffentlichen Bibliotheken aus Deutschland und Österreich auf ihre Qualität geprüft, inhaltlich kommentiert und nach 20 Themengebieten geordnet. Zusätzlich zum Link-Katalog bietet die DIB eine kostenlose E-Mail-Auskunft, an die man seine Recherche-Wünsche richten kann, wenn der Link-Katalog die gewünschten Informationen nicht hergibt.

## Kontakt:

Ekkehard Thümler

☎ 0 52 41/ 81 81 364

✉ www.deutscheinternetbibliothek.de

✉ ekkehard.thuemer@bertelsmann.de

## Kinder schätzen das Internet-ABC

Der neuen „KIM-Studie 2002“ zufolge, einer Basis-Untersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger, hat das Internet-ABC einen sehr hohen Bekanntheitsgrad bei den jungen Nutzern erlangt. Es liegt bei den deutschen Internet-Angeboten für Kinder deutlich vor etablierten Angeboten wie „wasistwas“ und „geolino“ auf dem fünften Platz. Das Ende 2001 online-gegangene, werbefreie Internet-Portal, das von der Bertelsmann Stiftung, der Heinz Nixdorf Stiftung und der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LFR) entwickelt wurde, hilft Kindern, sicher und altersgerecht im Internet zu suchen und zu spie-

len. Außerdem bietet es Eltern und Pädagogen Informationen und Hilfestellungen über den sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet. Die Bertelsmann Stiftung hat sich jetzt planmäßig aus dem Projekt zurückgezogen und die Projektleitung an den neu gegründeten Verein Internet-ABC übergeben, der das Portal weiterführt.

## Kontakt:

Holger Hettwer

☎ 0 52 41/ 81 81 289

✉ www.internet-abc.de

✉ holger.hettwer@bertelsmann.de

## Aktion gegen das Schlaganfallrisiko

Zum bundesweiten Tag gegen den Schlaganfall am 10. Mai 2003 hat die Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe mit Unterstützung des Unternehmens Pfitzer eine neue Aktionskampagne gestartet. Das Ziel ist Aufklärung über die Risikofaktoren, die einen Schlaganfall, einen Herzinfarkt oder Gefäßerkrankungen auslösen können. Grundlage der Kampagne ist ein von Experten entwickelter Test, nach dem das individuelle Risiko-Profil berechnet wird. Der Test ist in Apotheken und vielen Arztpraxen erhältlich. Er wird mit einer Schutzgebühr von 5 Euro in Briefmarken an die Stiftung Deutsche Schlaganfallhilfe geschickt, wo er unter Beachtung des Datenschutzes ausgewertet wird. Neben der Aufklärung über das individuelle Erkrankungsrisiko werden Anleitungen zur Verhaltensänderung gegeben. Die Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe, die vor zehn Jahren von Liz Mohn ins Leben gerufen wurde, geht ihren Weg einer wissenschaftlich-fundierte Aufklärung mit der neuen Aktionskampagne kontinuierlich weiter. Der Risiko-Test und das Falblatt über Risikofaktoren sind erhältlich bei der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe.

## Kontakt:

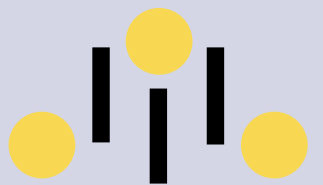
Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe

Postfach 104

33311 Gütersloh

☎ 0 180 05 /093 093 (0,12 Euro/Min)

✉ www.schlaganfall-hilfe.de



deutsche internet bibliothek



**Vernachlässigung muss beendet werden!**

# Zukunftsweisende Strukturen der frühkindlichen Bildung



**Frühkindliche Bildung reformieren und stärken – diese Aufgabe hat sich die Bertelsmann Stiftung auf die Agenda gesetzt. Im Frühjahr dieses Jahres wurden auf einer Expertentagung der Stiftung die Bedeutung der frühkindlichen Förderung und die Forderungen an ein System vorschulischer Bildung diskutiert. Für das Forum skizziert der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Wassilos E. Fthenakis vom Staatsinstitut für Frühpädagogik in München Aufgaben und Reformbedarf des vorschulischen Systems in Deutschland. Fthenakis berät die Bertelsmann Stiftung bei der Entwicklung von Reformvorschlägen und Konzepten für ein vorschulisches Bildungssystem.**

**Von Wassilos E. Fthenakis**

In den letzten drei Jahrzehnten wurden die Ressourcen Zeit, Geld und Raum zu Ungunsten von Kindern und Familien verteilt. Eine Veränderung ist dabei nicht in Sicht. Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder sind nach wie vor Mangelware, wobei das Problem vom Ende her, an der Misere der leeren kommunalen Kassen, diskutiert wird. Insofern bedarf es einer öffentlichen Kampagne, die die Natur dieses Kernproblems – die strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Kindern und Familien – in unserer Gesellschaft dekuviert, eines „Rucks“, wie dies 1997 Roman Herzog genannt hat, der die Gesellschaft wachrüttelt und eine neue Prioritätensetzung veranlasst.

## **Institutionenübergreifend vorgehen**

Wie in den meisten Ländern benötigen wir einen Bildungs- und Erziehungsplan als verbindlichen Rahmen für die in den Tageseinrichtungen zu leistende pädagogische Arbeit. Dabei sind institutionenübergreifende Pläne erforderlich, also ein kohärenter Bildungsplan für Kinder von beispielsweise bis zehn Jahren.

Insbesondere, was die Stärkung früher Sprachkompetenz und anderer bislang vernachlässigter Förderungsschwerpunkte betrifft, werden ebenfalls Zeit und weitere Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Das bundesrepublikanische frühpädagogische System bedarf, um nur einige Aspekte zu nennen, der Weiterentwicklung der thematischen Schwerpunkte mathematische Bildung, Vermittlung naturwissenschaftlichen Verständnisses, Stärkung kognitiver und interkultureller Kompetenz sowie von Medienkompetenz. Was fehlt, ist eine fachlich fundierte Konzeption bezüglich der für diese Entwicklungsstufe erforderlichen Angebote und deren Taxonomie sowie eine Aufbereitung für die frühpädagogische Praxis.

Die Nationale Qualitätsinitiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verfolgt das Ziel, pädagogische Qualität in den Tageseinrichtungen für Kinder zu konzeptualisieren sowie Instrumente zu Messung und Evaluation zu entwickeln. Damit wird ein bislang großes Defizit beseitigt.

>>>

# Anforderungen an neue Bildungspläne



*Institutionenübergreifend denken: Der Autor dieses Beitrages, Prof. Dr. Wassilos E. Fthenakis, fordert ganzheitliche, institutionenübergreifende Bildungspläne für Vorschul- und Schulkinder bis zehn Jahre.*

## Die besten Pädagogen für die Kleinsten

Die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte stellt nach wie vor eine Herausforderung ersten Ranges dar. Sie betrifft das Ausbildungsniveau allgemein und insbesondere die Qualität des Curriculums für künftige Fachkräfte. Eine solche verbesserte Ausbildungsqualität, eingebettet in auf die Erzieherbiographie ausgerichtete Fort- und Weiterbildungsangebote, darf nicht länger auf sich warten lassen. Für die Kleinsten benötigen wir die am besten ausgebildeten Pädagogen, denn die Wirkungen eines Gymnasiallehrers auf 16-Jährige lassen sich nicht vergleichen mit den Auswirkungen erzieherischer Intervention während der frühen Kindheit.

Die Frühpädagogik in Deutschland ist arm an Angeboten für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, und dies unabhängig davon, ob es sich z.B. um ausländische oder um Kinder aus Risikofamilien handelt. Ein differenziertes, die besonderen Bedürfnisse dieser Kinder ansprechendes Angebot ist dringend erforderlich, wenn die Frühpädagogik dem Grundsatz individueller Förderung gerecht werden soll.

Wie eine kanadische Längsschnittstudie zeigte, können Defizite der kindlichen Entwicklung in Risikofamilien am ehesten durch die Stärkung der Kompetenzen der Eltern behoben werden. Kinder aus Risikofamilien, deren Eltern auf diese Weise unterstützt wurden, erreichten mittelfristig vergleichbare Entwicklungsmaße wie Kinder aus Nichtrisikofamilien.

>>>

**Folgende Kriterien sind in Bildungsplänen, etwa in Skandinavien, bereits erfolgreich verwirklicht und dienen verstärkt auch als Grundlage für die Entwicklung hiesiger Bildungspläne – derzeit z.B. in Bayern:**

- Frühes Lernen wird als Grundstein für lebenslanges Lernen verstanden.
- Spielen und Lernen werden als zwei Seiten derselben Medaille gesehen.
- Bildung im frühkindlichen Alter wird als sozialer Prozess definiert.
- Kinder sind Subjekte, die von Anfang an ihre Entwicklung mitgestalten und dabei entwicklungsangemessene Verantwortung übernehmen.
- Angestrebt wird eine Stärkung kindlicher Autonomie und sozialer Lernverantwortung.
- Bildungs- und Erziehungsangebote müssen zu der jeweiligen sozialen, kognitiven und emotionalen Entwicklung des Kindes passen.
- Individuelle Unterschiede wie z.B. Geschlecht, Herkunft oder Religion sind anzuerkennen.

## Grundlagen des frühen Lernens

**Der Neurobiologe Prof. Dr. Gerald Hüther gehörte zu den Teilnehmern der Expertentagung der Bertelsmann Stiftung zum Thema frühkindliche Bildung. Der Mediziner unterstreicht die Bedeutung sozialer Erfahrung für die Strukturierung und Entwicklung des kindlichen Gehirns.**

*Prof. Dr. Gerald Hüther mit den Mitarbeiterinnen der Bertelsmann Stiftung: Cornelia Stern und Dr. Anette Czerwanski.*



# Nicht ohne die Eltern

**Oliver Steinbach ist Redakteur bei der Zeitschrift ELTERN, mit der die Stiftung die Kampagne „Allianz für frühkindliche Bildung“ vorbereitet, die im kommenden Jahr anläuft. Darin soll auch mit dem Vorurteil aufgeräumt werden, dass frühe Bildung Kindern die Kindheit stiehlt.**

Mehr Bildung muss in die Kindergärten: Da sind sich die Experten einig. Die Eltern auch?

Nein. Schlagwörter wie Erziehungsnotstand oder Bildungsoffensive machen vielen Angst. Sie fürchten, man wolle den Drei-, Vier- und Fünfjährigen ihre Kindheit rauben. „Freies Spiel und „unverplante Zeit“ stehen im internationalen Vergleich nirgendwo so hoch im Kurs wie bei deutschen Eltern, das beweisen Umfragen.

Was ist also zu tun? Wir müssen mit dem Missverständnis aufräumen, Bildung im Vorschulalter bedeute Ernst, Stillsitzen und Unfreiheit. Das ist die Aufgabe der Politiker, auch der Medien. Erst wenn alle Mütter und Väter überzeugt sind, dass es für kleine Kinder ein tiefes Bedürfnis ist, die Welt zu verstehen und mit Spaß zu lernen, werden neue Bildungskonzepte für Vorschulkinder erfolgreich sein.

Die Herausformung und Stabilisierung hochkomplexer Verschaltungen im Frontalhirn wird entscheidend durch frühe Erfahrungen im Kindesalter von Selbstwirksamkeit, Bindungssicherheit und eigener Kompetenz bei der Lösung von Problemen bestimmt.

Aufgrund der herausragenden Bedeutung sozialer Erfahrungen für die Strukturierung des menschlichen Gehirns („Sozialisation“) lassen sich die für die Verankerung neuer Erfahrungen erforderlichen emotionalen Aktivierungsprozesse am leichtesten durch die Verstärkung Sicherheit-bietender Bindungen auslösen („positive reinforcement learning“, Aktivierung des „Belohnungssystems“). Neues Wissen lässt sich also immer dann am besten im Hirn verankern, wenn es der Bewältigung von Problemen dient und wenn es in Kontexten und von Personen vermittelt wird, die emotionale Aktivierungsprozesse in Gang setzen. Erfolgreiche Bildung im frühkindlichen Alter ist daher untrennbar mit Interaktion und stabilen sozialen Kontexten verbunden.

**Gerald Hüther**



## Vielfältige und breite Angebote der Institutionen

Krippe, Kindergarten, Hort und Schule sind möglicherweise die geeigneten Bildungs- und Erziehungseinrichtungen des 20. Jahrhunderts gewesen, sie sind jedoch nicht die Einrichtungen, die derzeit und in Zukunft noch mehr benötigt werden. Künftige Institutionen werden vielfältige Angebote für Kinder unterschiedlicher Entwicklungsstufen bereitstellen und auch solche für Eltern integrieren. Darüber hinaus werden Beratungs- und Professionalisierungs-Angebote für die Fachkräfte eines Tages das Einrichtungsangebot abrunden.

Schließlich, um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen, ist es erforderlich, eine Neuverteilung der Investitionen im Bildungssystem dahingehend vorzunehmen, dass mehr als bislang in den Bildungseinrichtungen des Elementar- und Primarbereiches investiert wird, worauf die PISA-Studie mit Nachdruck hingewiesen hat. Verstärkte Forschungsförderung, eine Neuregulierung des Systems der Tageseinrichtungen, die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationssysteme zur Dissemination neuerer Erkenntnisse bei Nutzung neuer Technologien ist genauso erforderlich, wie die Etablierung von „Best Practice“-Modellen und ein offener Blick für internationale Entwicklungen. Die Modernisierung der ersten Stufe des Bildungssystems muss sich, was ihre Qualität betrifft, an internationalen Standards messen lassen können, wenn nicht die große Chance verspielt werden soll, unseren Kindern zu Beginn des 21. Jahrhunderts die bestmögliche Bildung anzubieten.

### Kontakt:

Dr. Anette Stein

☎ 0 52 41/81 81 274

🌐 [www.bertelsmann-stiftung.de/](http://www.bertelsmann-stiftung.de/)  
>> Themenfeld Bildung

✉ [anette.stein@bertelsmann.de](mailto:anette.stein@bertelsmann.de)





*Schule als Lebenswelt: Die Wolfsburger Schulleiter Karola Städing und Dr. Wulf Homeier sehen den respektvollen und freundschaftlichen Umgang mit den Schülern als Basis ihrer Arbeit an.*

## Das Internationale Netzwerk Innovativer Schulsysteme verbessert den Unterricht durch Qualitätsvergleiche

# Vergleich als Ansporn

**Wann ist eine Schule gut? Wie können Schulen Defizite erkennen und sie beheben? Mit diesen Fragen beschäftigt sich das Internationale Netzwerk Innovativer Schulsysteme (INIS) der Bertelsmann Stiftung, in dem 41 Schulen aus dem In- und Ausland organisiert und in ständigem Austausch miteinander sind. In dem Projekt „Qualitätsentwicklung von Schulen auf Basis internationaler Qualitätsvergleiche“ evaluieren diese Schulen seit einem Jahr ihre Arbeit u. a. mittels eines Fragebogens, der von den Projektpartnern entwickelt wurde. Die Daten werden innerhalb des Netzwerkes in den Vergleich gestellt.**

Die INIS-Mitglieder – 41 Schulen aus Deutschland, Kanada, Neuseeland, den Niederlanden, Norwegen, Ungarn, Schottland und der Schweiz – haben gemeinsam mit Schulentwicklungsexperten in einem umfangreichen Abstimmungsprozess Kriterien entwickelt, mit denen die Qualität von Schulen erfasst werden kann. Die Fragebögen werden jährlich von Schülern, Lehrern und Eltern der teilnehmenden Schulen ausgefüllt. „Unsere Datenerhebung ist kein Test und kein Ranking, sondern ein Frühwarnsystem, mit dessen Hilfe die Schulen Anregungen für ihre Entwicklung erhalten“, sagt Cornelia Stern, Projektleiterin bei der Bertelsmann Stiftung: „Durch den Vergleich der Daten können sie sich realistisch einschätzen, Stärken und Schwächen identifizieren und so gezielt von anderen Netzwerkpartnern lernen.“ Für ihre Datenerhebung haben sich die Netzwerkpartner auf fünf Qualitätsdimensionen verständigt:

- Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages
- Lernen und Lehren
- Führung und Management

- Schulklima und Schulkultur
- Zufriedenheit von Schülerschaft, Schulkollegium, Eltern und Schulgemeinde.

### Daten sind unsere Freunde

„Evaluation tut nicht weh, sondern hilft. Die Daten sind unsere Freunde.“ Dieses Zitat stammt von der kanadischen Schulentwicklungsexpertin Pauline Lang und ist ein geflügeltes Wort innerhalb des Netzwerkes. Auch Dr. Wulf Homeier vom Theodor-Heuss-Gymnasium und Karola Städing von der Laagberg-Grundschule in Wolfsburg kennen und zitieren es gern, „denn es trifft den Nagel auf den Kopf“, sagt Wulf Homeier und nennt ein Beispiel aus der Datenerhebung vom vergangenen Jahr: „Viele Schülerinnen und Schüler gaben uns zu verstehen, dass sie nicht wissen, ob sie das, was sie hier lernen, später gebrauchen können. Daraus haben wir im Kollegium den Schluss gezogen, dass wir an der Vermittlung etwas ändern müssen. Wenn Schüler bei-

## Das internationale Netzwerk innovativer Schulen

Das Internationale Netzwerk Innovativer Schulsysteme wurde 1997 von den Ländern gegründet, die im Rahmen des Carl Bertelsmann-Preises 1996 als innovative Schulsysteme nominiert worden waren. Der Preisträger war damals das kanadische Durham Board of Education. Mit dem Netzwerk will die Bertelsmann Stiftung als Organisatorin die überzeugenden innovativen Ansätze der Schulen und Bildungsregionen fruchtbar machen. Standen in den ersten Jahren der Netzwerkarbeit Erfahrungsaustausch und Entwicklung eines gemeinsamen Qualitätsverständnisses im Vordergrund, spielt in der zweiten Projektphase, die vor zwei Jahren angelaufen ist, der Qualitätsvergleich eine zentrale Rolle. Das Ziel ist, ein Steuerungsinstrument für Schulleitungen und Kollegien zu entwickeln. An dem Qualitätsvergleich nehmen 41 Schulen aus Neuseeland, den Niederlanden, Kanada, Norwegen, Schottland, der Schweiz, Ungarn und Deutschland (Thüringen, Bayern, NRW, Niedersachsen und Hessen) teil.



spielsweise den Sinn binomischer Formeln im Hinblick auf ihr späteres Alltagsleben nicht einsehen, dann ist es an uns, ihnen klar zu machen, dass es darauf ankommt, Denkstrukturen zu entwickeln, und dass die binomischen Formeln dafür ein Training sind.“ Ob diese Vermittlung ankommt, hat auch mit dem Schulklima und der Lernkultur zu tun. „Ich fühle mich hier geborgen“, sagt die Abiturientin Sophie Kretzschmer, die seit sechs Jahren das Theodor-Heuss-Gymnasium besucht. „Die Lehrer gehen auf uns ein. Wir spüren, wie wichtig es ihnen ist, dass wir den Anschluss ins Berufsleben oder Studium finden.“ Das Theodor Heuss-Gymnasium legt großen Wert auf Kontakte zu außerschulischen Partnern wie VW, auf praxisbezogenen Unterricht und auf die Vermittlung von Fähigkeiten, die sich mit dem Satz „Lernen lernen“ zusammenfassen lassen. Die Mitgliedschaft bei INIS findet Wulf Homeier „absolut hilfreich. Durch den Vergleich bekommt man die Qualität der eigenen Arbeit gespiegelt, z.B. was den Umgang mit schwierigen Schülern angeht. Hier war der Austausch mit einer Schule aus Norwegen sehr anregend. Die Begegnungen im Netzwerk fördern Erkenntnisse und halten uns zur Überprüfung unserer Arbeit ebenso an wie zum Experimentieren.“

### Schub für systematische Verbesserung

Karola Städing, Schulleiterin der Grundschule Laagberg, definiert innovative Schulen über innovative Lehrer, „also Lehrer, die sich selbst als Lernende begreifen“. An dem INIS-Projekt schätzt sie auch die Trainingseinheiten, die auf den Treffen der Bertelsmann Stiftung angeboten werden. Im Vordergrund steht jedoch die Überprüfung der eigenen Arbeit: „Das Projekt ist ein Schub, kontinuierlich an der Verbesserung der eigenen Tätigkeit zu arbeiten“, sagt Karola Städing.

Die Laagberg-Schule hat bereits Vorbildfunktion und ist Studienobjekt für Studenten ebenso wie für Schulpolitiker und Lehrer, denn sie nimmt an einem Schulversuch des Landes

Niedersachsen teil: Statt Klassen gibt es hier altersgemischte Lerngruppen; auf Noten verzichtet die Schule. Die Solidarität der Großen mit den Kleinen wird ebenso gefördert wie Anreize für die Kleinen geliefert werden, so lernen zu können wie die Großen. „Das Inspirierende ist, dass der Stoff aller vier Grundschuljahre permanent im Raum präsent ist“, sagt Karola Städing. Im Laagberg-Kollegium sage niemand mehr „Ich gebe eine Stunde“, hier frage man stattdessen: „Was lernt das Kind?“ Für die engagierte Schulleiterin – seit 30 Jahren Lehrerin – ist das größte Hindernis auf dem Weg zu einer lebendigen zeitgemäßen Schule die „Gleichmacherei. Solange Kinder nach standardisierten Lehrplänen und frontal unterrichtet werden, geraten Kreativität und Motivation ins Hintertreffen. Wir brauchen Schulen, die begabte Kinder ebenso fördern wie die lernschwächeren.“ Jedes Kind in der Laagberg-Schule lernt daher nach einem individuell abgestimmten Tages- bzw. Wochenplan. Zeitmanagement, Eigeninitiative und Selbstorganisation sind Fähigkeiten, die hier früh erworben werden.

Trotz eines ausgefüllten Schulalltages – die Zeit, die Netzwerkarbeit und Datenerhebung erfordern, bringen Karola Städing, Wulf Homeier und ihre Kolleginnen und Kollegen an den Partnerschulen gern auf. Mit Spannung werden die Auswertungen der diesjährigen Frühjahrsbefragung erwartet, denn sie geben wertvollen Aufschluss darüber, was sich im Vergleich zum Vorjahr schon geändert hat. *cfo*

#### Kontakt:

Carola Stern

☎ 0 52 41/81 81 170

🌐 [www.bertelsmann-stiftung.de/inis.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/inis.htm)

✉ [cornelia.stern@bertelsmann.de](mailto:cornelia.stern@bertelsmann.de)





## PersonalServiceAgenturen und Job Center

# Neue Wege in der Arbeitslosenvermittlung

**Die Krise auf dem Arbeitsmarkt erfordert es, neue Wege zu erproben. Die Bertelsmann Stiftung hat Konzepte für zwei neue Institutionen mit entwickelt, die Arbeitslosen bessere Beschäftigungschancen eröffnen. PersonalServiceAgentur (PSA) und Job Center stellen im Bereich der Arbeitsvermittlung gravierende Umorientierungen dar, wie die Arbeitsmarkt-Experten der Stiftung Frank Frick und Dr. Helga Hackenberg erläutern.**

### PersonalService Agenturen – Sprungbrett in die reguläre Beschäftigung

Die PersonalServiceAgenturen werden zurzeit in mehreren Städten Deutschlands eingerichtet. In den PSA werden nur vom Arbeitsamt vorgeschlagene, kurzfristig nicht vermittelbare Arbeitslose mit dem Ziel der Vermittlung für die Dauer von 9 bis 12 Monaten beschäftigt. Die PSA finanziert sich durch einen Mix aus Verleih, Fallpauschale und Vermittlungsprämie, wobei Pauschale und Prämie degressiv gestaltet sind und dadurch einen klaren Anreiz zur Vermittlung sicherstellen.

Durch die flächendeckende Einrichtung von PSA kann die Zeitarbeit systematisch als Sprungbrett in reguläre Beschäftigung genutzt werden. 50000 PSA-Beschäftigte könnten beim Arbeitsamt schon 2003 1,85 Milliarden Euro Einsparungen bewirken. Auf der Basis des Konzeptes, das die Stiftung, McKinsey und die Bundesanstalt für Arbeit gemeinsam entwickelt haben, wurden im Gesetzgebungsverfahren

die Rahmenbedingungen für die gesamte Zeitarbeit radikal verändert. Befristungs-, Wiedereinstellungs- und Synchronisationsverbot entfallen, unbeschränkte Überlassung und der Verleih ins Baugewerbe werden erlaubt. Andererseits gelten zukünftig „equal pay“ und „equal treatment“, also gleiche Behandlung wie im Entleihbetrieb. Abweichungen müssen per Tarifvertrag geregelt sein. Die Verhandlungen darüber laufen noch.

Arbeitnehmerüberlassung steht somit vor einem radikalen Wandel, die Auswirkungen sind kaum abschätzbar. Die Zeitarbeit wird einerseits für Arbeitgeber teurer, im Niedriglohnsegment durch subventionierte PSA stärker umkämpft. Andererseits wird sie vor allem für qualifizierte Arbeitnehmer attraktiver, kann einen Image-Gewinn verbuchen und wird durch die weitgehende Deregulierung flexibler. Auch profitiert die PSA durch das strenge Kündigungs- und Befristungsrecht, da für die Unternehmen außer der Zeitarbeit kaum Flexibilitätsreserven bleiben. Die ersten Erfahrungen mit den PSA sollen Ende 2003 ausgewertet werden.

# Job Center – lokales Zentrum für Integration in Beschäftigung

Bei der Neuordnung arbeitsmarktrelevanter Dienstleistungen ist die Zusammenlegung der Systeme von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für das Jahr 2004 geplant. Einer neu zu schaffenden modernen und kundenorientierten Service-Organisation – dem künftigen Job Center – kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Bertelsmann Stiftung und Bundesanstalt für Arbeit haben eine Studie vorgelegt, in der Kommunen, Arbeitsämtern und beteiligten Dritten dringend empfohlen wird, schon jetzt gemeinsame Job Centers aufzubauen.

Nach Auffassung der Bertelsmann Stiftung ist als kurzfristig realisierbares Einstiegsmodell eine privatrechtliche Organisation in Form einer gemeinnützigen GmbH sinnvoll und machbar, unabhängig von der noch ausstehenden Zuständigkeitsentscheidung des Gesetzgebers bei der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe.

Das Einstiegsmodell sollte sich zunächst auf eine bestimmte Zielgruppe der insgesamt fast eine Million arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger konzentrieren, z.B. auf arbeitslose Jugendliche, und nach und nach weitere Zielgruppen berücksichtigen. Wichtig ist, dass keine Zeit verloren geht und die Übergangszeit konstruktiv genutzt wird. Denn die derzeitige Unsicherheit verschärft das Risiko, dass das angestrebte Zielmodell entweder auf dem Weg „aus den Augen verloren wird“ oder die Vielzahl einzelner Zwischenschritte nicht mehr logisch zum Zielmodell führt.

## Job Center als gGmbH

Für die Job Centers empfiehlt sich als Organisationsform eine gGmbH. Sie erfüllt identifizierte Kriterien – sofortige Umsetzbarkeit, Transfercharakter, ist flexibel anpassbar und bietet die Möglichkeit der Interessenwahrnehmung von Kommunen und Arbeitsverwaltung, um als Einstiegsmodell im Rahmen der Gesamtumsetzung fungieren zu können.

Zudem bietet die gGmbH folgende Vorteile:

- Sie spiegelt institutionellen Neuanfang und damit auch kulturellen Neustart wider.
- Sie hat einen hohen Verbindlichkeitscharakter für die Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Sozialverwaltung.
- Sie schafft bei geeigneter Ausgestaltung größere personalpolitische Spielräume bspw. bezüglich Besoldung, Anreizsystemen und Auswahlverfahren.
- Sie führt zu einer konsequenten Dezentralisierung der Entscheidungs- und Handlungsverantwortung (ggf. bis hin zur vollen Budget-Verantwortung).
- Sie ermöglicht die schnelle Einführung einer neuen ergebnisorientierten Führungsphilosophie, z.B. in Form von Zielvereinbarungen und Kontrakten.

Eine Vermeidung bzw. Verkürzung von Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug – insbesondere für schwerer vermittelbare Kunden – lässt sich langfristig und dauerhaft nur dann erreichen, wenn

- die Leistungsarten und -zuständigkeiten eindeutig und klar definiert werden, sodass sich gezielte Verschiebungen zwischen den Systemen verhindern lassen;
- ein ganzheitlicher Vermittlungsansatz verfolgt wird;
- eine einzige Anlaufstelle für die teils umfassenden Belange der Arbeitssuchenden geschaffen wird;
- der Kunde Arbeitgeber auch als solcher behandelt wird.



Die Broschüren zur PersonalServiceAgentur(PSA) und zum Job Center legen detailliert die Ausgestaltung der beiden Dienstleistungsmodelle für den Arbeitsmarkt dar. Job Center und PersonalServiceAgenturen sollen die Vermittlungsquote von Arbeitslosen erheblich steigern. An beiden Konzeptionen hat die Bertelsmann Stiftung maßgeblich und unter Berücksichtigung ihrer Recherchen im Ausland mitgearbeitet. Die Broschüre zur Konzeption des Job Center ist zum Preis von zehn Euro über die Stiftung zu beziehen. Die Broschüre zur PSA ist kostenlos erhältlich oder als Download abrufbar unter [www.bertelsmann-stiftung.de/documents/PSA-Studie.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/documents/PSA-Studie.pdf).

### Kundengruppen des Job Center:

Nach derzeitigem Diskussionsstand kommen zwei Varianten in Betracht:

Variante 1: Die Definition der Kundengruppe des Job Center wird nach der Hartz-Kommission in Zukunft von der Erwerbsfähigkeit abgeleitet, deren Definition ist derzeit jedoch noch nicht eindeutig. Bei einer Zuständigkeit des Job Center für alle Erwerbsfähigen würde das Arbeitsamt damit in das Job Center („Job Center als Arbeitsamt“) übergehen.

Variante 2: Eine Spezialisierung des Job Center auf die Betreuungskunden, also Menschen mit komplexem Hilfebedarf, lässt das Job Center zum Teil des künftigen Arbeitsamtes werden. Die Konzentration auf Betreuungskunden kann sowohl die Alternative für ein Zielmodell Job Center 2003 Plus darstellen als auch als Zwischenstufe dienen.

### Dienstleistungsbreite

Das Job Center muss ein Mindestangebot an Dienstleistungen bereitstellen. Zu diesen gehören

- Front Desk/Clearing-Stelle für die Steuerung des Kundenstroms im Job Center/Arbeitsamt neu und alle vorbereitenden Tätigkeiten, inkl. Grob-Profiling. Idealerweise werden alle standardisierten Fragen und Vorgänge bereits vorher via Call Center, das Internet u.a. bearbeitet.
- Vermittlung des Kunden an ein passgenaues Angebot auf dem Arbeitsmarkt.
- Leistungsberatung, welche die weitgehende Klärung der finanziellen Fragestellungen übernimmt,
- ggf. ein gesonderter Arbeitgeber-Service zur Betreuung der Arbeitgeber und aktiven Stellenakquisition,
- flankierende soziale Beratung als begleitende Dienstleistung,
- Fall-Management als zentrale (neue) Funktion des Job Center, das die Integrationsfähigkeit des Kunden für den Arbeitsmarkt herstellt.

Hierbei kommt dem Fall-Management die entscheidende Rolle zu. Personen mit komplexem Hilfebedarf werden aus einer Hand betreut; der Fall-Manager koordiniert die entsprechenden Dienstleistungen der involvierten Akteure und steuert den Integrationsprozess. Bspw. wird über eine Eingliederungsvereinbarung Verbindlichkeit auf beiden Seiten hergestellt und auch die Eigenleistung des Kunden genau spezifiziert.

### Mehr Personalkompetenz erforderlich

Im Front Desk und im Fall-Management sind verstärkt analytische und soziale Kompetenzen gefordert. Gerade im Vermittlungs- und Arbeitgeber-Servicebereich muss auch das Know-how auf Marktseite erweitert werden. Wegen der hö-

heren Komplexität und gesteigener Koordinationsanforderungen sind zudem entsprechende Management- und Steuerungskompetenzen notwendig. Diese Kenntnisse und Qualifikationen müssen sowohl intern aufgebaut als auch extern zugekauft werden. Insbesondere im Bereich Fall-Management ist vorhandenes Know-how auf kommunaler Seite aktiv mit einzubeziehen.

### One-Stop-Agency oder Netzwerklösung

Das Job Center sollte als kundenfreundliche Anlaufstelle kurze Wege garantieren, genügend Ansprechpartner vor Ort für Kunden und Mitarbeiter beschäftigen und die Schnittstellen zu externen Stellen minimieren sowie gleichzeitig Überschaubarkeit und transparente Strukturen für gute Steuerbarkeit gewährleisten.

Hierzu bieten sich - in Abhängigkeit von ländlichen bzw. städtischen Strukturen - eine One-Stop-Agency (möglichst viele Dienstleistungen unter einem Dach) oder eine Netzwerklösung an (Basis-Angebot an Dienstleistungen, weitere Dienstleistungen werden räumlich getrennt vom Job Center erbracht). In Abhängigkeit von den Bedingungen auf den regionalen Arbeitsmärkten müssen einheitliche Standards für die Funktionen im Job Center (z.B. Eingangs- und Tiefen-Profiling, Bestandseinstufung) sichergestellt werden und gleichzeitig genügend Spielraum für spezifische Anpassungen gewährleistet sein.

Gemeinsame Verantwortlichkeit der Bundesanstalt für Arbeit und der Kommunen für die Erbringung der Vermittlungs-, Fall-Management- und Beratungsleistungen lässt beide gleichberechtigt ihre Kompetenzen einbringen und ermöglicht die gemeinsame Festlegung der zu betreuenden Kunden, sodass keine unilaterale Definitionsmacht entsteht. Bei allen Unsicherheiten der aktuellen Situation: Der gemeinsame Aufbau von Job Centers bietet die historische Chance, Arbeitslose besser zu betreuen und Bürokratie abzubauen - ein lohnenswertes Ziel, das alle Beteiligten motivieren sollte!

#### Kontakt:

Frank Frick, Helga Hackenberg

☎ 0 52 41/81 81 253

☎ 0 52 41/81 81 405

🌐 [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

✉ [frank.frick@bertelsmann.de](mailto:frank.frick@bertelsmann.de)

✉ [helga.hackenberg@bertelsmann.de](mailto:helga.hackenberg@bertelsmann.de)



# Familie und Beruf: Ergänzung oder getrennte Welten?



*Entwicklungsland Deutschland: Bundesfamilienministerin Renate Schmidt attestiert Deutschland bei der Lösung des Kinderbetreuungsproblems großen Handlungsbedarf.*

**Mehr Frauen wollen in größerem Maße erwerbstätig sein, als sie es de facto sind. Zu dieser Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit trägt – einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge – die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik bei, die die traditionelle Rollenverteilung begünstigt und mehr auf Geldleistungen setzt, statt Betreuungsangebote zu schaffen. Im Frühjahr 2003 wurde die Studie „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ im Rahmen eines Workshops zum Thema „work life balance“ vorgestellt, an dem auch Bundesfamilienministerin Renate Schmidt teilnahm. Das Forum sprach mit ihr über die Herausforderungen für Politik und Wirtschaft, das Potenzial und Know-how von Frauen zu nutzen. Ein Potenzial, auf das unsere Gesellschaft angesichts des demographischen Wandels in Zukunft mehr denn je angewiesen ist.**

*85 Prozent aller Teilzeitarbeit in Deutschland wird von Frauen verrichtet. In den meisten Fällen sind Frauen mit Kindern materiell nicht unabhängig, sondern Hinzuverdienerinnen. Die Minijob-Regelung manifestiert diese Rolle. Die Mehrheit der Frauen, die unter 20 Stunden tätig sind, würden ihre Berufstätigkeit aber gern auf 25 bis 30 Stunden ausweiten. Wie kann Politik Frauen aus ihrer Rolle als Zuverdienerinnen heraushelfen?*

Junge Mütter wünschen sich heute mehr denn je, Beruf und Familie verbinden zu können, das zeigen alle Umfragen. Wunsch und Wirklichkeit klaffen aber auseinander. Es mangelt an familienfreundlichen Arbeitszeiten und -modellen in den Unternehmen, Teilzeit in Führungspositionen ist rar, und es fehlt an

einem qualitativ und quantitativ guten Bildungs- und Betreuungsangebot für den Nachwuchs. Vor allem Ganztagsplätze in Kindertagesstätten und Ganztagschulen gibt es kaum. Hier müssen wir in Deutschland endlich vorankommen. Wir werden als Bund in den nächsten vier Jahren die Länder und Kommunen, die für Betreuung und Bildung originär zuständig sind, mit zusätzlichen Mitteln unterstützen. Mit diesem Geld sollen sie die Betreuungssituation deutlich verbessern.

*Das Betreuungsproblem als Hindernis für die Berufstätigkeit von Frauen mit Kindern ist seit Jahrzehnten ebenso bekannt wie vernachlässigt. Warum geht die Familienpolitik dieses gravierende Hindernis nicht mit höchster Priorität an?*

Nach unserer föderalen Struktur sind die Länder und Kommunen für die Kinderbetreuung zuständig. Sie müssen diese Aufgabe nun verstärkt angehen. Verglichen mit unseren europäischen Nachbarn sind wir in puncto Kinderbetreuung ein Entwicklungsland. Wir haben in Westdeutschland eine Betreuungsquote bei den Kleinkindern von unter 3 Prozent, Schlusslicht bildet Baden-Württemberg mit 1,3 Prozent. Wiewohl Länder und Kommunen hier handeln müssen, unterstützt der Bund den Ausbau von Ganztagschulen mit 4 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren und mit 1,5 Milliarden Euro jährlich die Verbesserung des Betreuungsangebotes für die unter 3-Jährigen. Es muss allen Beteiligten klar werden, dass der Ausbau der Kinderbetreuung unter dem Strich weniger kostet, als er bringt, wie eine Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung in Berlin zeigt.

*Nach den Ergebnissen der Studie der Bertelsmann Stiftung setzt die Familienpolitik in Deutschland Anreize für den Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt. In welche Richtung müsste die Familienbesteuerung reformiert werden, damit der Anreiz für Frauen steigt, erwerbstätig zu sein?*

Wir wollen die Steuerklassen drei und fünf neu gestalten, denn die Aufteilung



## Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die in der deutschen Familienpolitik zu starke Fixierung auf Geldleistungen löst das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine international vergleichende Studie der Bertelsmann Stiftung. Die Resultate sind in dem Band „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zusammengefasst, der im Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, erschienen ist. Es ist der erste Band der Reihe „Benchmarking Deutschland aktuell“, die künftig in kürzeren Abständen Problemlagen des deutschen Arbeitsmarktes im internationalen Vergleich untersuchen soll.

2002, 50 Seiten, Broschur  
Euro 9,-  
ISBN 3-89204-648-4

stellt meist Frauen schlechter. Eine Frau, die weniger verdient und deshalb in der ungünstigen Lohnsteuerklasse fünf ist, soll künftig einen Teil der Freibeträge ihres Ehemannes auf ihre eigene Steuerkarte übertragen und deshalb netto mehr bekommen. Das Einkommen der Familie bleibt insgesamt zwar gleich hoch, aber die Ehefrau hat weniger Abzüge bei ihrem Gehalt. Beim Ehegattensplitting halte ich es für richtig, die Steuervergünstigungen den Ehepaaren zu belassen, die Kinder oder Pflegebedürftige versorgen, genauso wie denjenigen, die in der Vergangenheit Kinder großgezogen haben und jetzt keinen Arbeitsplatz bekommen. Wenn man diese Gruppen allerdings bei einer Umgestaltung außen vor ließe, nähme man bei einem Gesamtvolumen von rund 20 Milliarden Euro nur 100 Millionen Euro mehr ein, und das bei einem sehr großen Verwaltungsaufwand. Darin sehe ich keinen Sinn. Grund Nummer eins für einen längerfristigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben ist für diese jungen Frauen meist nicht ein materieller Anreiz, sondern ein organisatorischer: Die Kinderbetreuung fehlt.

*In großen Unternehmen sind familienfreundliche Regelungen eher verwirklicht als in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Welche Rahmenbedingungen für familienfreundlichere Arbeitsverhältnisse kann Politik hier schaffen?*

Familienfreundlichkeit kostet die Unternehmen nichts, im Gegenteil, und sie kann ohne neue Gesetze aufgelegt werden. Viele Unternehmen begegnen dem Wunsch nach mehr Familienfreundlichkeit mit großer Offenheit: auf der Ebene der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber, des DGB, bei vielen Großbetrieben und einigen kleineren und mittleren Betrieben. Wir haben uns gemeinsam vorgenommen, ein Bündnis für Familie zu schaffen, mit dem Ziel, die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten. Bereits heute haben einige Betriebe erkannt, dass gute Rahmenbedingungen die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen und gut für das Betriebsklima sind. Diese Vorbilder möchte ich sichtbar machen, auch durch den nächsten Bundeswettbewerb „Der familienfreundliche Betrieb“.

*Teilzeitarbeit gilt nach wie vor als „Karrierekiller“. Was ist zu tun, um die Inanspruchnahme von Teil- und Elternzeit bei Männern zu stärken?*

Väter wünschen sich heute, mehr Zeit mit der Familie und den Kindern verbringen zu können. Sie wollen eine aktive Rolle im Leben ihrer Kinder spielen – tun es aber noch zu selten. Der Anteil der Väter in Elternzeit stagniert bei 2,4 Prozent. Wir haben mit dem Rechtsanspruch auf Teilzeit und mit der neuen Elternzeit gute Bedingungen geschaffen, gerade

auch für Väter. Eltern ist es möglich, gleichzeitig Elternzeit zu nehmen und pro Person bis zu 30 Stunden pro Woche zu arbeiten. Ich werbe dafür, dass Väter diese neuen Möglichkeiten nutzen und dass Unternehmen sie aktiv anbieten. Die Wirtschaft muss erkennen, dass die Kompetenzen und das Organisationstalent, das die Kinderbetreuung und Hausarbeit erfordern, ebenso nützlich für den Job sind wie die in teuren Seminaren vermittelte soziale Kompetenz. Es ist an der Zeit, dass sich ein modernes Männerbild auch in den Köpfen der Arbeitgeber durchsetzt.

*Wo sehen Sie den „weiblichen“ Eigenanteil an den Hindernissen, die beruflicher Zufriedenheit und materieller Unabhängigkeit im Weg stehen? Sie haben selbst drei Kinder und waren immer erwerbstätig. Warum geht es bei manchen, und bei anderen scheint es unmöglich zu sein?*

Wenn Mütter den gleichen beruflichen Erfolg erreichen wollen wie Männer, aber zusätzlich für Kind und Küche zuständig sind, müssen sie entweder deutlich fleißiger sein und sich überfordern. Oder sie müssen Arbeit abgeben. Wenn Mütter Freiräume für ihre eigene Erwerbstätigkeit schaffen und nutzen wollen, müssen sie den Vätern etwas zutrauen und sie ihren eigenen Stil mit den Kindern, aber auch in der Hausarbeit finden lassen. Jungen Frauen rate ich aus eigener Erfahrung: Klären Sie Ihre Erwartungen an Partnerschaft und Familie am Beginn Ihrer Beziehung. Wenn sich eine Beziehung erst mal 15 Jahre in einer Weise eingeschliffen hat, dass sie die Einkäufe erledigt und er zum Fußballverein geht, dann ist das im 16. Jahr nur noch schwer zu ändern.

### Kontakt:

Dr. Werner Eichhorst  
☎ 0 52 41/81 81 593  
✉ werner.eichhorst@bertelsmann.de





# Gewaltsame Konflikte vermeiden und überwinden

**Trotz zahlreicher Theorien und praktischer Erkenntnisse in der Verhinderung von Konflikten fehlt es noch immer an systematischem Wissen, wie drohende Auseinandersetzungen frühzeitig erkannt und entschärft werden können. In einem neuen Arbeitsschwerpunkt will die Bertelsmann Stiftung ihre jahrelangen Erfahrungen auf diesem Gebiet bündeln und einen wissenschaftlich fundierten Maßnahmenkatalog zum praktischen Konfliktmanagement entwickeln.**

„Ja, ich bin sehr für eine demokratische Ordnung, aber das bedeutet doch nicht die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. So etwas kann doch nicht in eine Verfassung geschrieben werden.“ Musa M. Marufi reagiert emotional. „Die Grundlage allen Rechts ist die von Allah eingesetzte Scharia. Nur sie kann die einzige Richtschnur für unsere Verfassung sein. Dass es zu einer Trennung zwischen Staat und Religion kommt, sollte man nicht einmal denken.“ Im Saal kommt Protest auf: „Das hätte auch Taliban-Chef Mullah Omar sagen können ...“ sagt ein anderer afghanischer Teilnehmer.

Musa M. Marufi ist Mitglied einer 9-köpfigen Kommission, die bis zum Dezember dieses Jahres den Entwurf für eine zukünftige Verfassung für Afghanistan erarbeiten soll. Der Ort dieser Kontroverse ist nicht eine Volksversammlung in Kabul, sondern Bad Honnef bei Bonn. Teilnehmer am Disput: 70 Frauen und Männer aus Afghanistan; eingeladen wurden sie von der Bertelsmann Stiftung und der Friedrich-Ebert Stiftung sowie dem Auswärtigen Amt. Am Vortag der großen Außenministerkonferenz mit Delegationen aus 32

Staaten auf dem Petersberg bei Bonn sollen Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft zu Wort kommen. Die Gegensätze sind tief greifend, und der Streit dauert bis tief in die Nacht, doch zum Schluss kann sich die Versammlung auf gemeinsame Positionen einigen. Eine Verfassung, die universellen Normen gerecht wird, aber auch die Werte einer islamischen Stammesgesellschaft berücksichtigt. Der Forderungskatalog soll der Petersberger Außenministerkonferenz am nächsten Tag als Diskussionsgrundlage dienen.

Die „Afghanistan-Konferenz“ in Bad Honnef im vergangenen Dezember ist ein Beispiel für eine fortgesetzte Reihe von Projekten der Bertelsmann Stiftung zur friedlichen Beilegung von internationalen und innerstaatlichen Konflikten. Das Aktionsfeld reicht von den „Kronberger Gesprächen“, einem vertrauensbildenden Dialog zwischen Europäern, Arabern und Israelis zum Nahostkonflikt, über Vorschläge zu einer Nachkriegsordnung im Irak bis zur Vermittlung von Verhandlungen zwischen der slowakischen Regierung und der ungarischen Minderheit und serbisch-albanischen Arbeitsgruppen zur Konfliktregelung im Kosovo.

### Innerstaatliche Konflikte nehmen zu

Das Engagement von nicht staatlichen Institutionen, insbesondere in ethnisch und kulturell geprägten Konflikten, ist relativ neu und wird in jüngster Zeit immer bedeutsamer. Das Ende des Ost-West-Gegensatzes hat die Hoffnungen auf eine friedliche Welt nicht erfüllt, es gibt vielmehr eine Zunahme innerstaatlicher Konflikte. Dies zeigen beispielhaft die Konfliktherde der vergangenen zehn Jahre in der ehemaligen Sowjetunion, West- und Ostafrika, Ostasien oder auf dem Balkan. Das „Konfliktbarometer“ des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung für das Jahr 2002 registrierte weltweit 173 Auseinandersetzungen, von denen jede vierte gewaltsam ausgetragen wurde. Ihre Entwicklung lässt sich jedoch beeinflussen. 31 dieser Krisen konnten spürbar befriedet werden, in elf Konflikten wurde keine Gewalt mehr angewandt, aber 18 sind merklich eskaliert. Nur erahnen lassen sich dabei das Ausmaß an Toten, Verletzten und menschlichem Leid und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Kosten, die Zerstörung und der anschließende Wiederaufbau verursachen. Nicht nur die schlichte Forderung nach Humanität und die Frage der politischen Güterabwägung – Prävention versus Krieg –, sondern auch die Konfliktstatistik legt es nahe, sich stärker um die Förderung gewaltfreier Lösungen zu bemühen.

### „Toolbox“ zur Konfliktbearbeitung

Auch in Deutschland gewinnt der Faktor präventiver Konfliktregelung und konstruktiver Überwindung in jüngerer Zeit einen deutlich höheren Stellenwert auf der außenpolitischen Agenda, was sich auch daran zeigt, dass zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Immer stärker gefragt in der Prävention und Nachbetreuung von Konflikten ist das Zusammenwirken staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, eine Arbeitsteilung zwischen klassischer Diplomatie und Nichtregierungsorganisationen. Dabei beschränkt sich das Engagement der „Nichtstaatlichen“ schon lange nicht mehr auf das Feld humanitäre Hilfe. Als Ergänzung der offiziellen Diplomatie in Krisenregionen gewinnt dabei die sogenannte „second track diplomacy“ an Bedeutung.

Josef Janning, Leiter des Themenfeldes Internationale Verständigung der Bertelsmann Stiftung, verweist dabei auf ein anhaltendes Defizit: „Im Vergleich zu den vielfachen Anstrengungen in den vergangenen Jahren blieb die Effektivität des Konfliktmanagements deutlich hinter den Erwartungen zurück. Bis heute fehlt es besonders an ‚Best-Practice-Analysen‘ und an einem ‚Benchmarking‘ für erfolgreiche Konfliktbearbeitung. Insbesondere gibt es keine sys-



*Streitpunkt Frieden: 70 Teilnehmer aus Afghanistan und Vertreter des Auswärtigen Amts, der Friedrich-Ebert- und der Bertelsmann Stiftung diskutieren die zukünftige afghanische Verfassung.*

tematische Übersicht, welche Strategien, Methoden und Instrumente bereits vorhanden sind und wie erfolgreiche Instrumente systematisch angepasst werden können, um zukünftig als ‚Toolbox‘ in der konstruktiven Konfliktbearbeitung eingesetzt werden zu können.“

Diesem erkannten Defizit will sich die Bertelsmann Stiftung daher in den kommenden Jahren in einem Themenfeld-Schwerpunkt widmen. Zunächst geht es dabei um die Analyse und Evaluation der vorhandenen Instrumentarien anhand ausgewählter Beispiele erfolgreicher Konfliktüberwindung. In einem zweiten Schritt ist ein Sollmodell mit einem wissenschaftlichen Kriterienkatalog geplant, das erfolgreiche Methoden und Beispiele messbar macht. Diese Erkenntnisse sollen schließlich der Beratung von Nichtregierungs-Organisationen und staatlichen Akteuren in konkreten Konfliktbearbeitungsprozessen dienen.

Ein beklemmendes Beispiel, das auch in den Verhandlungen vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag „aktenkundig“ wurde, zeigt die große Relevanz solcher Anstrengungen. Die Bertelsmann Stiftung hatte Anfang 1999 ein Lösungskonzept für den Konflikt zwischen Serben und Kosovo-Albanern ausgearbeitet und in informellen Gesprächen zwischen den Führern der beteiligten Volksgruppen im Kosovo vermittelt. Im Prozess gegen Slobodan Milosevic sagten mehrere Zeugen aus, mit diesen Vorschlägen wäre ein gangbarer Ausweg aus der Krise geboten worden. Der Kosovo-Krieg hätte abgewendet werden können, wenn Milosevic die vorgeschlagenen Konzepte angenommen hätte. *no*

#### Kontakt:

Stefani Weiss

☎ 0 52 41/81 81 317

✉ [stefani.weiss@bertelsmann.de](mailto:stefani.weiss@bertelsmann.de)





# Europa braucht eine zukunftsfähige Verfassung

**Der Präsident des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, ist diesjähriger Preisträger des renommierten Aachener Karlspreises. Am Vortag der Preisverleihung Ende Mai sind auch in diesem Jahr europäische Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur zu dem von der Bertelsmann Stiftung federführend gestalteten Karlspreis-Europa-Forum in Aachen zusammengekommen: diesmal, um darüber zu diskutieren, wie die Regierungsfähigkeit der Europäischen Union der 25+ Mitgliedstaaten zu gewährleisten ist. Grundlage dafür ist eine tragfähige Verfassungsordnung, deren Eckpunkte Prof. Dr. Werner Weidenfeld für das Forum skizziert.**

## Von Werner Weidenfeld

Europa will sich eine Verfassung geben. Ein solches Grundlegendokument bietet die Chance, Effizienz und Transparenz nicht nur als hehre Ziele zu Papier zu bringen, sondern diese Prinzipien praxistauglich auszugestalten. Wie bitter nötig dies ist, hat einmal mehr der außenpolitische Scherbenhaufen verdeutlicht, den nationale Sonderwege im Irakkonflikt hinterlassen haben. Aufgabe des Konvents ist es nun, die großen Weichenstellungen für eine zukunftsfähige Verfassung vorzunehmen. Die folgenden fünf Dimensionen sind dabei zu beachten.

## Verfassungstraditionen berücksichtigen

Der laufende Reformprozess soll den Bürgern das Projekt Europa wieder näher bringen und die Identifikation mit dem politischen Europa ermöglichen. Der Wildwuchs an Regelungen, Verträgen und Protokollen soll neu und nachvollziehbar geordnet werden. Ziel ist ein Verfassungskern, der die Beziehungen von Bürger und Politik klar regelt und darstellt. Das wird nur dann zu erreichen sein, wenn der Vertrag mit den gemeinsamen, nationalen Verfassungstraditionen kompatibel ist. Zentrale Elemente einer europäischen Verfassung müssen daher die Einbindung der Grundrech-

techarta, die feste Verankerung von Gewaltenteilung und Bürgerbeteiligung sein. Mitentscheidung des Europäischen Parlamentes und gerichtliche Kontrolle sollten bei allen legislativen Entscheidungen selbstverständlich sein.

### Aufgabenprofil schärfen

Die EU sieht sich fortwährend dem Vorwurf ausgesetzt, sie maße sich Zuständigkeiten an, die auf der Ebene der Mitgliedstaaten verbleiben sollten. Die europäische Verfassung muss daher die Grundprinzipien, Ziele und Aufgaben der Union klar und nachvollziehbar definieren. Darüber hinaus sollte die Arbeitsteilung zwischen der europäischen und der nationalen Ebene sowie zwischen den EU-Organen Kommission, Rat und Europäischem Parlament eindeutig geregelt werden. Denn erst ein überschaubares Aufgabenprofil schafft Berechenbarkeit und sorgt für politische Gestaltungsfähigkeit.

### Führung gewährleisten

Die Union krankt noch immer an fehlender politischer Führung. Gefragt sind Persönlichkeiten und politische Strukturen, die es erlauben, strategische Vorgaben zu definieren und deren Umsetzung in konkrete Politik zu befördern. Dies ist nur möglich, wenn ein neues Gleichgewicht zwischen den Führungsspitzen geschaffen wird. Europa war immer zugleich eine Union der Staaten und eine Union der Bürger. Der Schlüssel für eine Stärkung der politischen Führung liegt im Ausbau beider Stränge. Zwei Präsidenten würden diese doppelte Legitimation abbilden: Der Kommissionspräsident, gestützt auf die Mehrheit im Parlament, sollte die Rolle seiner Behörde als Antriebskraft des Integrationsmotors wieder beleben. Der Vorsitzende des Europäischen Rates könnte darüber hinaus von den Mitgliedstaaten auf mehrere Jahre gewählt werden, für die Union auf höchster internationaler Ebene sprechen und Kontinuität symbolisieren.

### Handlungsfähigkeit sichern

Eine handlungsfähige Union benötigt effiziente Entscheidungen und ihre Umsetzung. Immer wieder wird der Union vorgeworfen, sie könne in Krisen unterschiedlichster Natur nicht adäquat reagieren. Die Europäische Union droht deshalb in den Augen der Bürger an Autorität und Legitimität zu verlieren. Wichtiger Prüfstein für eine gemeinsame EU-Verfassung ist die Schaffung klarer Entscheidungsmechanismen. Die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen wird dabei der zentrale Gradmesser für eine verbesserte Handlungsfähigkeit sein. Doch einmal getroffene Entscheidungen müssen auch umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass bei jedem Rechtsakt festgelegt werden muss, wer dafür verantwortlich ist, wer die Durchführung kontrolliert, welcher Zeitrahmen dafür vorgesehen ist und wie die entsprechende finanzielle Basis sichergestellt werden kann.



*Der Autor Prof. Dr. Werner Weidenfeld ist Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh und Direktor des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP) in München.*

### Weiterentwicklung ermöglichen

Entscheidend für die Beständigkeit der europäischen Verfassung wird ihre Fähigkeit sein, Dynamik und Stabilität dauerhaft in Einklang zu bringen. In einer erweiterten Union droht die Fortentwicklung der europäischen Integration jedoch in zentralen Bereichen am Elend der Einstimmigkeit zu scheitern. Flexible Mechanismen zur Zusammenarbeit sollten daher eine Weiterentwicklung der Union auf neuen Gebieten durch die Mitgliedstaaten, die dazu bereit sind, erlauben.

Auch die Verfassung selbst wird immer wieder an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden müssen. Ein zweigeteilter Vertrag kann hier den Weg ebnen: Die Reform der konstitutionellen Bestimmungen muss weiterhin hohen Hürden unterliegen. Die Ausführungsbestimmungen hingegen sollten einem vereinfachten Revisionsverfahren unterworfen werden.

### Fazit: Konsequenzen für die Konventsarbeit

Wenn die Bürger wieder für eine europäische Erfolgsgemeinschaft gewonnen werden sollen, darf der Konvent kein Konsenspaket ohne Durchschlagskraft vorlegen. Stattdessen muss er mutig Veränderungen an der Substanz der heutigen Vertragsbestimmungen vornehmen. Sollte ein in sich geschlossener Gesamtentwurf jedoch misslingen, dann lauern in den Kulissen der internationalen Politik etliche Alternativen zur Integration: die Wiederkehr des Nationalismus, die Erosion der Union, die Entsolidarisierung des Gemeinschaftswerkes. Die Europäer sind also gut beraten, die kulturelle Leistung einer Verfassungsordnung jetzt zu erbringen.

### Kontakt:

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

☎ 0 52 41/81 81 121

🌐 [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

»Themen/Internationale Verständigung

✉ [werner.weidenfeld@bertelsmann.de](mailto:werner.weidenfeld@bertelsmann.de)

# Prävention stärken – vier Fragen an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt



Die Bertelsmann Stiftung und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vergeben zusammen im kommenden Jahr erstmals den deutschen Präventionspreis. Mit dem Preis sollen jährlich zehn herausragende und vorbildliche Ansätze und Beiträge zur Gesundheitsvorsorge und -förderung mit insgesamt 50 000 Euro ausgezeichnet werden. Die Ausschreibung ist für den Herbst dieses Jahres vorgesehen. Das Forum sprach mit Gesundheitsministerin Ulla Schmidt über den Stellenwert der Prävention in der deutschen Gesundheitspolitik und über die Zielsetzung des deutschen Präventionspreises.

***In Stellungnahmen der Bundesregierung ist zu lesen, dass Gesundheitsförderung und Gesundheitsvorsorge zu einer eigenständigen Säule der Gesundheitsversorgung ausgebaut werden sollen. Warum?***

Prävention und Gesundheitsförderung sind in Deutschland viel zu lange vernachlässigt worden. Wir unternehmen alles medizinisch Notwendige, um Krankheiten zu heilen und die Menschen gesund zu machen. Wenn es darum ging, Krankheiten erst gar nicht entstehen zu lassen, haben wir bisher zu wenig unternommen. Ein Teil der Erkrankungen, ins-

besondere die großen Volkskrankheiten, wie z.B. Herz-Kreislaufkrankheiten, Krebs, Diabetes mellitus, Allergien und Erkrankungen der Muskulatur oder des Skeletts wären aber vermeidbar, denn wir kennen die Risikofaktoren, die für Entstehung und Verlauf dieser Krankheiten verantwortlich sind. Sie beruhen teils auf individuellem gesundheitsschädigendem Verhalten, teils auf externen Einflüssen. Ein Mehr an Prävention und Gesundheitsförderung kann zu einer Verringerung oder Beseitigung dieser Krankheitsursachen sowie zur Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung beitragen. Gleichzeitig kann effektive

Prävention aber auch einen Beitrag zur mittelfristigen und langfristigen Vermeidung von Krankheitskosten leisten.

***Welche Möglichkeiten sehen Sie, die in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen enthaltenen Regelungen zur Prävention zu harmonisieren und zu bündeln?***

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir Vorschriften zu Prävention in einem Präventionsgesetz zusammenfassen. Ziel dieses Vorhabens ist, die Prävention zur vierten Säule im Gesundheitswesen auszubauen und damit die



Wirksamkeit der präventiven Maßnahmen zu steigern. Wir werden mit diesem Vorhaben 2003 parallel zum Gesundheitsmodernisierungsgesetz beginnen.

*Eine wichtige Rolle bei der Realisierung des Präventionsgedankens soll das neu gegründete „Deutsche Forum Prävention und Gesundheitsförderung“ spielen. Was soll durch diese Institutionalisierung erreicht werden, zumal es in Deutschland bereits viele bestehende Einzelinitiativen gibt?*

In der Tat gibt es in unserem Land viele positive Ansätze und zahlreiche engagierte Akteure in der Prävention und Gesundheitsförderung. Diese Vielfalt ist ein Zeichen des Pluralismus und der Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens. Was fehlt, ist eine bessere Koordination der Aktivitäten und eine stärkere Kooperation der verschiedenen Partner. Hier wollen wir gemeinsam mit dem Forum, dem inzwischen über 60 Mitgliedsverbände angehören, für Verbesserungen sorgen. Es ist ein bisher einmaliger Vorgang im deutschen Gesundheitswesen, dass hier nahezu alle für Prävention und Gesundheitsförderung relevanten Gruppierungen an einem Tisch sitzen und sich auf gemeinsame Ziele verpflichtet haben. Darauf wollen wir aufbauen, bereits bestehende Kooperationen nutzen und weiterentwickeln sowie neue initiieren. Ziel ist es, alle Kräfte zu bündeln und sie dadurch wirkungsvoller und nachhaltiger zu machen.

*In Deutschland werden jährlich etliche regionale Preise für beispielhafte Initiativen im Bereich Prävention vergeben. Sollen diese durch einen Deutschen Präventionspreis abgelöst werden?*

Hier gilt das gleiche wie für das Deutsche Forum Prävention und Gesundheitsförderung. Wir wollen die vielen regionalen Initiativen und Aktivitäten nicht blockieren oder ersetzen. Wir wollen vielmehr eine breite gesellschaftliche Bewegung für Prävention und Gesundheitsförderung in unserem Land initiieren. Diesem Ziel dient auch der „Deutsche Präventionspreis“, den wir gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung entwickelt haben. Damit sollen herausragende Maßnahmen in der Prävention und Gesundheitsförderung prämiert und unterstützt werden. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit wollen wir diese Maßnahmen sowohl der breiten Öffentlichkeit, als auch den Beteiligten und insbesondere den Initiatoren von Prävention und Gesundheitsförderung bekannt machen. Durch solche Beispiele wecken wir in der Bevölkerung ein Bewusstsein für den individuellen Nutzen von Prävention und motivieren sie zu gesundheitsgerechtem Verhalten und zu mehr Eigenverantwortung. Den Akteuren und Anbietern von Maßnahmen geben wir einen Anreiz, sich weiter auf diesem Gebiet zu engagieren.

*Die Fragen stellte Volker Oetzel*

**Kontakt:**

Mirjam Stierle

☎ 0 52 41/81 81 505

🌐 [www.deutscher-praeventionspreis.de](http://www.deutscher-praeventionspreis.de)

✉ [mirjam.stierle@bertelsmann.de](mailto:mirjam.stierle@bertelsmann.de)



# Namen und Nachrichten

## Vorschläge zur Neuordnung des Irak

Bei der Neuordnung des Irak hebt die Bertelsmann Stiftung die Bedeutung einer eigenständigen europäischen Strategie als Alternative zu den unilateralen Plänen der USA hervor. Schon zu Beginn des Krieges veröffentlichte die Stiftung zwei Strategiepapiere über Chancen und Risiken beim Übergang zur Demokratie und skizzierte damit den Rahmen für eine stabile Nachkriegsordnung im Irak. Die Strategiepapiere sind auf der Grundlage zahlreicher Gutachten und Beratungen unabhängiger Politikwissenschaftler entstanden und haben große Medienresonanz ausgelöst. In der jetzigen Übergangsphase sehen die Vorschläge den Aufbau einer multinationalen Task Force unter dem Dach der Vereinten Nationen vor. Eine „Hohe Internationale Behörde“ müsse den Aufbau einer irakischen Übergangsregierung und die Organisation von Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung unter Beteiligung irakischer Repräsentanten gewährleisten. Die Erlöse aus der Ölförderung sollten nach einem föderativen Schlüssel aufgeteilt werden, der alle ethnischen Gruppen und geographischen Regionen berücksichtigt. Zur Dezentralisierung der politischen Macht und zur Vermeidung ethnischer Konflikte solle der Irak nach föderalen Prinzipien strukturiert werden und teilautonome Regionen erhalten können. Hier verweist die Bertelsmann Stiftung auf das Beispiel der kurdischen Autonomie-Zone des Irak.

Die detaillierten Vorschläge der Stiftung zu einer irakischen Nachkriegsordnung sind abrufbar unter: [www.bertelsmann-stiftung.de/](http://www.bertelsmann-stiftung.de/)  
>> Themen Internationale Verständigung nahost

### Kontakt:

Norbert Osterwinter

☎ 0 52 41/ 81 81 484

✉ [norbert.osterwinter@bertelsmann.de](mailto:norbert.osterwinter@bertelsmann.de)

## Drittes Internationales Kulturforum in Peking verschoben

Aufgrund des gesundheitlichen Risikos durch die Infektionskrankheit SARS ist das Internationale Kulturforum der Bertelsmann Stiftung, das Mitte Mai dieses Jahres in Peking stattfinden sollte, verschoben worden. Nach Tokio und Kairo wird Peking der dritte Veranstaltungsort für

die von Liz Mohn initiierte Reihe werden, in der hochrangige Entscheidungsträger aus dem Veranstaltungsland und aus Europa zu Themen wie „Kulturelle Identität angesichts der Globalisierung“ oder „Unternehmenskultur als Grundlage für erfolgreiche internationale Kooperation“ diskutieren. Das dritte Internationale Kulturforum in Peking hat die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit dem chinesischen Kulturministerium und den Botschaftern Deutschlands und Chinas vorbereitet. Im Frühjahr 2003 wurde es offiziell in das Protokoll der chinesisch-deutschen Kulturbeziehungen aufgenommen. Das Kulturforum soll nachgeholt werden, sobald keine Gesundheitsgefährdung mehr besteht. Es will dazu beitragen, die sich dynamisch entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und China durch das notwendige kulturelle Verständnis zu ergänzen.

### Kontakt:

Malte Boecker

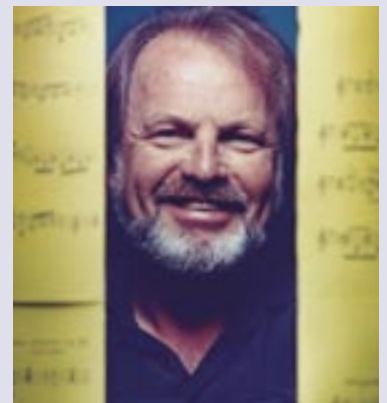
☎ 0 52 41/ 81 81 368

🌐 [>>Themen/Kultur](http://www.bertelsmann-stiftung.de/)

✉ [malte.boecker@bertelsmann.de](mailto:malte.boecker@bertelsmann.de)

## Schöne Stimmen aus 50 Nationen

Rund 1200 Nachwuchssänger aus aller Welt haben sich für den zehnten internationalen Gesangswettbewerb „Neue Stimmen“ der Bertelsmann Stiftung beworben. Vor allem aus China, den GUS-Ländern und dem Baltikum sind mehr Bewerbungen eingegangen als in den vergangenen Jahren. Zum ersten Mal konnten sich die Künstler via Internet bewerben. Fast 40 Prozent nutzten diese Möglichkeit, darunter auch Talente aus Armenien, Kuba und dem Iran, die über Printbroschüren kaum zu erreichen gewesen wären. Noch bis September sind Prof. Gustav Kuhn, künstlerischer Leiter des Gesangswettbewerbs, und Brian Dickie, Generaldirektor des Chicago Opera Theater, unterwegs, um 50 Teilnehmer für die Endrunde auszuwählen, die vom 20. bis zum 26. Oktober 2003 in Gütersloh stattfindet. „Unser Wettbewerb hat sich zu einer Olympiade der schönen Stimmen entwickelt“, sagt Liz Mohn, Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung und Initiatorin des Gesangswettbewerbs. Bei der Premiere 1987 hatten sich 39 Sänger beteiligt.



*Prof. Gustav Kuhn ist künstlerischer Leiter der „Neuen Stimmen“*

### Kontakt:

Ines Koring

☎ 0 52 41/ 81 81 372

🌐 [www.neue-stimmen.de](http://www.neue-stimmen.de)

✉ [ines.koring@bertelsmann.de](mailto:ines.koring@bertelsmann.de)



## Neuerscheinungen

[www.bertelsmann-stiftung.de/verlag](http://www.bertelsmann-stiftung.de/verlag)

### Vergleich als Chance

*Hrsg.: Cornelia Stern, Julia Mahlmann, Eric Vaccaro*

Wie kann die Qualität unserer schulischen Arbeit gemessen werden? Von wem kann unsere Schulen lernen? Fragen dieser Art gehen 41 Schulen aus acht Ländern im „Internationalen Netzwerk innovativer Schulsysteme“ nach. Die vorliegende Publikation bündelt erste Erfahrungen aus dem INIS Projekt „Qualitätsentwicklung von Schulen auf Basis internationaler Qualitätsvergleiche“. Die Materialsammlung auf der beiliegenden CD soll es auch anderen Schulen in Deutschland ermöglichen, die Erfahrungen und Instrumente des Qualitätsvergleichs zu nutzen.

2003, 140 Seiten  
Euro 11,-  
ISBN 3-89204-669-7

### Entwicklungsperspektiven für die kommunale Schullandschaft

*Hrsg.: Sigrid Meinhold-Henschel, Anja Reisenkamp, Annett Menge*

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist nicht allein Aufgabe des Elternhauses, des Kindergartens und der Schule. Hier sind auch die Kommunen gefordert. Um Bildung und Erziehung nachhaltig zu fördern, bedarf es deshalb einer besseren Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure vor Ort. Sechs nordrhein-westfälische Städte haben sich in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung mit der Neuorientierung ihrer Schul- und Bildungspolitik auseinandergesetzt. Entscheidende Reformimpulse erhielten die Kommunen durch die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Schülern, Eltern, Lehrern, Schulleitern und Verwaltungsmitarbeitern. Der vorliegende Band fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen, die Entwicklungsperspektiven für die kommunale Schullandschaft aufzeigen.

2003, 80 Seiten  
Euro 10,-  
ISBN 3-89204-576-3



Deutsch-  
Jüdischer Dialog  
1992-2002  
German-Jewish  
Dialogues

Bertelsmann Stiftung

## Deutsch-Jüdischer Dialog 1992 – 2002

Zusammen mit dem Londoner Verleger Lord George Weidenfeld of Chelsea veranstaltet die Bertelsmann Stiftung seit mehr als zehn Jahren regelmäßig die Deutsch-Jüdischen Dialoge. Die Veranstaltungsreihe bringt führende Persönlichkeiten des jüdischen Lebens aus aller Welt zu vertraulichen Gesprächen mit Spitzenvertretern der deutschen Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien zusammen. Die Dialoge thematisieren und reflektieren aktuelle Fragen, die deutsch-jüdische Beziehungen berühren, und vermitteln Vertretern des jüdischen Lebens einen unmittelbaren Eindruck von den verantwortlich handelnden Politikern in Deutschland. In dem vorliegenden Band werden zehn Jahre Deutsch-Jüdischer Dialog auszugsweise mit Reden und Essays der Teilnehmer dokumentiert. In einer ausführlichen Einleitung äußert sich Lord Weidenfeld zur Grundidee, Zielsetzung und Themenauswahl der Dialoge.

Bislang haben sich mehr als 400 Teilnehmer mit unterschiedlichem beruflichen und weltanschaulichen Hintergrund an den 18 Treffen beteiligt; darunter Bundeskanzler Gerhard Schröder, der israelische Botschafter in Deutschland, Shimon Stein, und der Bürgermeister von Jerusalem, Ehud Olmert.

2003, 84 Seiten Broschur  
Der Dokumentationsband ist kostenlos  
bei der Bertelsmann Stiftung erhältlich  
ISBN 3-89204-737-5

## Impressum

### Herausgeber:

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Tel.: 0 52 41 / 81 - 81 160  
Fax: 0 52 41 / 81 - 81 999

### Verantwortlich:

Josef Janning

### Redaktionsleitung:

Dr. Ulrike Naim  
☎ 052 41 / 81 - 81 297  
☎ 052 41 / 81 - 81 931  
✉ [ulrike.naim@bertelsmann.de](mailto:ulrike.naim@bertelsmann.de)

### Redaktion:

Christine Förster (cfo)  
☎ 052 41 / 81 - 81 494  
☎ 052 41 / 81 - 81 949  
✉ [christine.foerster@bertelsmann.de](mailto:christine.foerster@bertelsmann.de)

### Autoren dieser Ausgabe:

Kärim Chatti  
Prof. Dr. Wassilos E. Pthenakis  
Frank Frick  
Dr. Helga Hackenberg  
Oliver Haubner  
Dr. Angela Merkel  
Volker Oetzel  
Norbert Osterwinter (no)  
Prof. Dr. Marga Pröhl  
Beate Ramm

Gabriele Vollmar (gvo)  
Prof. Dr. Werner Weidenfeld

### Bildnachweise:

A.Dreiplus  
Archiv Bertelsmann Stiftung  
dpa-Fotoreport  
dpa  
Jürgen Gebhardt, Presse- und  
Informationsamt der Bundesregierung,  
Bundesbildstelle  
Marcus Lesch  
MEV Verlag  
Photodisc  
Marcus Vogel

### Art Direction:

Heike van Meegdenburg

### Gestaltung:

[www.a3plus.de](http://www.a3plus.de)

### Lithografie:

Mohn Media, Gütersloh

### Druck:

Mohn Media, Gütersloh

Ihre Adresse hat sich geändert? Sie kennen weitere Interessenten für das forum, die wir in unseren Verteiler mit aufnehmen sollen?

Dann wenden Sie sich bitte an  
Anette Sanders  
Bertelsmann Stiftung  
Service Center  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
05241/81-81 310  
[anette.sanders@bertelsmann.de](mailto:anette.sanders@bertelsmann.de)



## Der Staat als Stifter

*Von Enrico Bellezza, Michael Kilian  
und Klaus Vogel*

Bei der Gründung von Stiftungen durch den Staat entstehen oft nicht eindeutige Rechtsgebilde ohne eigenes Vermögen, das ihre Autonomie sichern könnte. Bund, Länder und Kommunen wählen immer häufiger die Stiftungsform zur Verselbständigung von Einrichtungen. Nicht immer kommt es dabei zu einer echten Entstaatlichung. Der Rechtswissenschaftler Professor Michael Kilian gibt einen Überblick über die Stiftungen des Bundes und analysiert die bestehenden Modelle aus juristischer Sicht. Auf dieser Grundlage macht er Vorschläge für eine Reform der Gesetzgebung des Bundes. Kilians Gutachten wird ergänzt durch Beiträge von den Mitgliedern der Expertenkommission zur Reform des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts, Klaus Vogel und Enrico Bellezza

2003, 160 Seiten  
Euro 10,-  
ISBN 3-89204-667-0